

Wirtschaft & Umwelt

ZEITSCHRIFT FÜR UMWELTPOLITIK UND NACHHALTIGKEIT

Euro 1,80

Nummer 2/2020

www.ak-umwelt.at



Neustart mit Chancen

Was zu tun ist, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu überwinden, die Arbeitslosigkeit rasch abzubauen, Sozialstaat und Daseinsvorsorge zu stärken und gleichzeitig die Klimakrise zu bekämpfen.

Betrieb: Arbeit nach Corona neu bewerten

Leben: Das Fahrrad als krisensicheres Fortbewegungsmittel

Politik: Einwegpfand und Mehrwegförderung

AK-Studie: Lkw-Lenker*innen bleiben auf der Strecke



www.arbeiterkammer.at

DAS WUM-OMETER

●● ZU KURZ GEDACHT

In Norwegen wird am Polarkreis ein Hotel gebaut, das mehr Energie produziert, als es verbraucht. Es soll damit das weltweit erste Plus-Energie-Hotel in der Arktis sein. Das ist sicher löblich. Der Umwelt nützt das aber wenig, denn die betuchten Gäste reisen per Flugzeug an, womit alle CO₂-Einsparungen des Hotels locker wettgemacht werden. **CS**

●● BÖSE WORTE

Die verbalen Unzufriedenheiten werden in Corona-Zeiten gerne unverblümt vermittelt. Aber sich auf die besonderen Umstände ausreden wird sich der Tiroler LH-Stv. Josef Geisler wohl nicht können. Er bezeichnete die WWF Österreich-Geschäftsführerin Andrea Johanides als „widerwärtiges Luder“ und hat somit in die unterste Schublade

gegriffen. Und das nur, weil ihm nicht passte, dass 22.800 Menschen mittels Unterschrift gegen das Wasserkraftwerk Tumpen-Habichen protestiert haben. Eine Entschuldigung ist wohl das Minimum. **EL**

●● SEEMANNSGARN

Äußerst klimaschonend und viel länger als geplant war WU-Professor Sebastian Kummer von Frankreich in die Ägäis unterwegs: Wegen des Coronavirus ließ kein Hafen entlang der Route übers Mittelmeer das Segelschiff des Vorstandes des Instituts für Transportwirtschaft anlegen. Laut eigener Aussage reichten allerdings die Vorräte aus, besonders Klopapier und Rum hätte er mehr als genug. **RR**

●● ZURÜCK AUF DIE STRASSE

Die WKÖ hat die Korridorzüge für rumänische Pflegekräfte, die sie gemeinsam mit der ÖBB eingerichtet hatte, wieder eingestellt.

Somit kehren wir zum alten Trott zurück und verlagern wieder alles auf die Straße: Weil die Reisebestimmungen gelockert wurden, können wieder Busse und Flugzeuge eingesetzt werden. Die bisher beförderten 1.600 Pflegekräfte in sechs Zügen, entsprächen 53 Busfahrten. **RR**

●● EINFAHRT VERBOTEN

Nach längeren Gesprächen hat sich die grüne Verkehrsstadträtin Hebein mit dem schwarzen Bezirksvorsteher Figl darauf geeinigt, Autos aus der Wiener Innenstadt zu verbannen. Es gibt einige Ausnahmen, doch immerhin: Für andere ist die Einfahrt verboten. Das ist besser als eine City-Maut, die nur Ärmere trifft. Ein Schelm ist übrigens, wer denkt, dass hier schon Wahlkampf für die Wienwahl im Herbst geführt wird. **CS**

„Wir brauchen einen Neustart der Wirtschaft, der doppelt wirkt: Arbeitsplätze schaffen und sichern und die Klimakrise entschlossen bekämpfen.“



Renate Anderl
BAK Präsidentin

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber
Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20-22, 1040 Wien

E-Mail

wirtschaft.umwelt@akwien.at

Telefon

01/501 65-DW

Redaktion

Mag.^a Sylvia Leodolter
(Chefredakteurin),
Eva-Maria Leodolter (Redakteurin)
agentur.leodolter@gmx.at

Sekretariat

Krisztina Hubmann,
Sabrina Pochop (DW 12404)

Grafisches Konzept

Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at

Layout & Infografik

Michael Haderer

Coverfoto

EML/AK Wien

Druck

gugler GmbH
Auf der Schön 2
A-3390 Melk/Donau
ISSN 1028-4664

Die in Wirtschaft & Umwelt veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder.



Druckert nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens gugler*print, Melk, UWZ-Nr. 609, www.gugler.at



Höchster Standard für Ökoeffektivität.
Cradle to Cradle™ zertifizierte
Druckprodukte innovated by gugler*.



Bitte sammeln Sie Abpapier für das Recycling.
EU Ecolabel : AT/28/001



Inhalt

Schwerpunkt

Die Welt nach Corona

Ein Neustart muss Klimaschutz vorantreiben.

Seite 10

Beschäftigung & Verteilung

Der Markt versagt in der Krise, der Staat muss handeln.

Seite 14

Grundversorgung

Wie wichtig die öffentliche Daseinsvorsorge ist, wurde jetzt allen bewusst.

Seite 18

Betrieb

Arbeiten in der Krise

Was bleibt von den Held*innen der Stunde?

Seite 22

Leben

Krisensicheres Fahrrad

21,4 Mio. Euro für Österreichs Radwege.

Seite 26

Politik

Getränke und Recycling

Einwegpfand und Mehrweg im Kampf gegen Plastikmüll.

Seite 28

AK-Studie

Sozialdumping auf der Straße

Löhne und Arbeitsbedingungen für LKW-Lenker*innen müssen fair werden.

Seite 34

Rubriken

Nachrichten	04
Kommentar	05
EU, Europa und die Welt	06
Vor 15 und 30 Jahren	08
Aktuelles Interview	09
Aktion	31
Kontroverse	32
Medien	33



Editorial

Was ist für wen normal?

Die Corona-Pandemie hat alle Winkel der Welt erreicht und die Menschen scheinbar gleicher gemacht. Hinter Mund-Nasen-Masken sehen irgendwie alle ähnlich aus. Aber die Folgen einer Erkrankung daran sind keinesfalls für alle Menschen gleich und ungleich verteilt. In Staaten, die einen Lockdown für einen Großteil ihrer Bürger*innen und Unternehmen finanziell abfedern können, in denen es ein gut funktionierendes öffentliches Gesundheits- und Sozialsystem gibt, sind die Folgen eher bewältigbar und weniger letal.

Aber die Menschen in Ländern wie dem Iran, Indien, Brasilien oder den USA und Russland leiden schlimmer darunter, weil staatliche Hilfen und/oder funktionierende Gesundheits- und Sozialsysteme nicht vorhanden sind. Auch europäische Länder wie Italien oder Spanien, die durch Spardiktate gezwungen waren, ihre Daseinsvorsorge vor allem im Gesundheitsbereich auszuhungern, zahlen einen hohen Preis. Krankheit und Krise treffen überall die Armen besonders hart. Wenn man die globale Arbeitsteilung und Ausbeutung, die weltweit forcierte Liberalisierung und Privatisierung betrachtet, ist das ja durchaus normal. Zumindest für jene, die davon profitieren.

Rekordarbeitslosigkeit und drastische Einkommensverluste lassen Armut und Armutsgefährdung auch in Österreich bedrohlich ansteigen. Daher muss nach der Krise massiv gegengesteuert werden, durch Investitionen in den Klimaschutz, in den Ausbau des Sozialstaats und in öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen, die sich in der Krise als stabilisierend gezeigt haben. Der Begriff der „neuen Normalität“ wurde in den letzten Monaten meist als Drohszenario überstrapaziert. Nach der Krise geht es darum zu verhindern, dass der Anstieg von Armut und Arbeitslosigkeit, das Sinken der Einkommen und ein „Anordnungsstaat“ als normal betrachtet werden. Die alte Normalität, in der Reiche und globale Konzerne kaum Steuern zahlen, in der sich niemand weltweit um faire Arbeitsbedingungen und Einkommen kümmert, sollte mit dem Virus möglichst bald der Vergangenheit angehören.

Sylvia Leodolter

Chefredakteurin

Leiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien

Nachrichten

GENETISCHE VIELFALT

Keine Patente auf Saatgut

Eigentlich sind Patente auf Tiere und Pflanzen laut EU-Patentrecht verboten. Dennoch vergibt das Europäische Patentamt in München seit Jahren Patente auf z.B. Broccoli, Tomaten, Melonen oder Gerste. Nun könnten Patente auf Pflanzen und Tiere aus herkömmlicher Züchtung in Europa endlich vollständig verboten werden. Mitte Mai hat die große Beschwerdekammer der Europäischen Patentorganisation (EPO) entschieden: Pflanzen und Tiere aus im „Wesentlichen biologischen“ Züchtungsverfahren sind nicht patentierbar. Ausgenommen davon sind nur Anträge, die vor Juli 2017 eingereicht wurden. Seit mehr als zehn Jahren kämpft die Dachorganisation „Kein Patent auf Saatgut!“ gegen solche Patente, in Österreich allen voran die Arche Noah. Auch die AK

hat sich immer gegen Patente auf Saatgut ausgesprochen. Trotz dieser Entscheidung, gibt es immer noch Schlupflöcher, wie etwa die Patentierung von Pflanzen mit Eigenschaften, die durch zufällige Änderungen im Erbgut entstanden sind, diese gilt es noch zu schließen. **SI**

GEWÄSSERÖKOLOGIE

200 Mio. Euro Förderungen in der Warteschleife

In Österreich sind 60 Prozent der österreichischen Gewässer sanierungsbedürftig. Daher fordern seit Jahren besonders laut die Umweltorganisationen und etwas verhaltener die Wirtschaft und die Arbeiterkammer Förderungen für die Gewässerökologie. Im Parlament wurden im Herbst 2019 in einem einen Entschließungsantrag von allen fünf Parteien 150 Mio. Euro für die Gewässerökologie beschlossen. Passiert ist darauf hin nichts. Nun gab es wieder



Frisch vom Garten auf den Tisch.

eine Ankündigung: 200 Mio. Euro für die Gewässerökologie versprach die zuständige Landwirtschaftsministerin Mitte Mai. Ein paar Tage darauf wurde das Budget im Parlament beschlossen – nur leider ohne die angekündigten Förderungen. Jetzt soll diese Finanzierung im Juli im Parlament beschlossen werden – im Zuge des nächsten COVID-19-Konjunkturpaktes der Regierung. Es ist gut investiertes Geld: in naturnahe Flüsse und in die regionale Wirtschaft, mehr davon wird nötig werden. **SI**

GRÜNERE AGRARPOLITIK

Biodiversitätsstrategie und „Vom Hof auf den Tisch“

Die EU arbeitet mal wieder an einer grüneren Landwirtschaftspolitik. Mit der im Mai vorgestellten Biodiversitätsstrategie und ihrer Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ sollen zukünftig die Lebensmittel viel umweltfreundlicher hergestellt und gleichzeitig die Biodiversität geschont werden. Ziel ist es, z.B. den Pestizideinsatz zu reduzieren, die Biolandwirtschaft EU-weit von

derzeit 7 Prozent auf 25 Prozent zu erhöhen, genetische Vielfalt und die Bodenfruchtbarkeit zu stärken oder Bäume zum Schutz des Klimas anzupflanzen. Die Kommission geht hier erstmals auch wirklich umfassend an die Thematik heran und verknüpft Vorschläge für mehr Biodiversität mit einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik. Wie dringend notwendig das ist, zeigt auch ein vom EU-Rechnungshof präsentierter kritischer Bericht zur Biodiversität und den Förderungen für die Landwirtschaft: „Die Biodiversität landwirtschaftlicher Nutzflächen geht trotz spezifischer GAP Maßnahmen weiter zurück“, so das Fazit der EU-Prüfer. **SI**

KLIMAWANDEL

Reicht der European Green Deal?

Die „Foundation for European Progressive Studies“ (FEPS) vergleicht in einem neuen Policy Paper die klimapolitischen Ambitionen des Europäischen Grünen Deals mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Begrenzung des Klimawandels.

GESUNDE LUFT

Neue Richtlinie in Vorbereitung

Die Luftverschmutzung ist die größte umweltverursachte Gefährdung der menschlichen Gesundheit in der EU. Trotz erzielter Fortschritte gibt es immer noch rund 400.000 vorzeitige Todesfälle. Der europäische Rechtsrahmen für die Bewertung der Luftqualität ist aber seit 2008 unverändert geblieben. Dies soll sich jedoch ändern. Den wissenschaftlichen Grundstein dafür legt die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Sie wird hierzu bis spätestens Ende des Jahres ihre Empfehlungen zu den einzelnen Luftschadstoffen mit Schwellenwerten festlegen, die im Lichte neuer Forschungen eine signifikante Gesundheitsbelastung ausschließen. Ergänzend dazu sollen erstmals „gute Praktiken“ zu Feinstaub und elementarem Kohlenstoff beschlossen werden, damit besonders toxische Emissionen prioritär angegangen werden. Auf Basis dieser Empfehlungen wird die Kommission einen Vorschlag im Jahr 2021 unterbreiten. Die EU-Mitgliedsstaaten hatten zuvor im März 2020 dies mehrheitlich gutgeheißen. **FG**

So möchte man herausfinden, ob die EU mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission einen ausreichenden Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele leistet. Den Autor*innen der Studie zufolge müsste bei der zentralen wirtschaftspolitischen Strategie der aktuellen Kommission aus klimapolitischer Sicht nachgeschärft werden. Statt die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 bis 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken (aktuell gültiges Ziel: 40 Prozent), wären wohl 65 Prozent nötig. Netto-Null-Emissionen müssten nicht erst 2050, sondern bereits 2040 erreicht werden. Der von der Europäischen Kommission auf 260 Mrd. Euro geschätzte Bedarf an zusätzlichen Investitionen in der EU wäre damit ungleich höher. **FW**

DEUTSCHLAND

Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket

Unter dem Titel „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ legte der deutsche Koalitionsschuss Anfang Juni 2020 Paket vor, das auch in Sachen Klimaschutz Akzente setzt. Mit dem Paket soll zunächst die Bin-

nennachfrage gestärkt werden – unter anderem durch eine bis Ende 2020 befristete Reduktion des Mehrwertsteuersatzes (von 19 auf 16 bzw. 7 auf 5 Prozent) oder einen einmaligen Kinderbonus. Gleichzeitig werden Zukunftsinvestitionen forciert: So werden beispielsweise gemeinnützige Organisationen, kommunale Betriebe sowie Handwerker und KMU bei der Umrüstung ihrer Fahrzeugflotte auf alternative Antriebe unterstützt. Der Deutschen Bahn stellt der Bund zusätzliches Eigenkapital zur Verfügung, das CO₂-Gebäude-sanierungsprogramm wird aufgestockt und mit der geplanten „Nationalen Wasserstoffstrategie“ soll Deutschland „bei modernster Wasserstofftechnik zum Ausrüster der Welt“ werden. **FW**

REIFENKENNZEICHNUNG

Mehr Info über Umwelt und Verkehrssicherheit

Im Mai 2020 wurde endgültig eine neue EU-Verordnung für die Kennzeichnung von Reifen beschlossen. Verbraucher*innen bekommen damit beim Kauf bessere Informationen über Umwelt und Verkehrssicherheit. Reifen und Rollwiderstand von Pkw sind laut EU-Kommission

KOMMENTAR VON RUUD KLEIN



Kommentar

Öffis und Corona

Laut interner Regierungsprotokolle hat Kanzler Kurz die Angst vor Corona bewusst geschürt. Diese Strategie war doppelt erfolgreich: Die Ansteckungsrate wurde drastisch gesenkt. Auf der anderen Seite verändert es eine Gesellschaft, wenn in jedem Mitmenschen eine potentielle Virenschleuder gesehen wird. Das hat auch dramatische Auswirkungen auf die Öffentlichen Verkehrsmittel, in denen „social distancing“ schwierig ist. Wer hat und wer kann, fährt mit dem Auto. Das hat auch die Regierung kräftig gefördert. So steht (Auto)-Pendler*innen auch bei Homeoffice das Pendlerpauschale zu, während Zeitkartenbesitzer*innen ihre nunmehr nutzlosen Fahrkarten schon bezahlt hatten. Autofahrer*innen bekamen also Kosten – die sie gar nicht hatten – per Pauschale teilweise refundiert, die meisten Öffi-Nutzer*innen bleiben darauf sitzen.

Wie kann man aber das Vertrauen in die Öffentlichen Verkehrsmittel wiederherstellen? Die Sozialpartner haben eine „Fahrgast-Charta“ erarbeitet, in der grundlegende Vorsichts- und Hygienemaßnahmen festgeschrieben werden. Der berühmte Meter Sicherheitsabstand ist in der Hauptverkehrszeit in Öffis unmöglich. Man kann aber aus der Not eine Tugend machen: Niemand wünscht sich die zur Stoßzeit überfüllte Wiener U-Bahn zurück. Die Corona-Krise kann zum Anlass genommen werden, das Verkehrsgeschehen entspannter und angenehmer zu gestalten. „Entzerrung“ und Verlagerung sind die Zauberworte. So könnten Arbeit und Schulen zeitversetzt beginnen, das Recht (aber nicht Pflicht!) auf Homeoffice wäre auch eine Option. Gehen ist gesund, doch fußgängerfreundliche Verkehrspolitik ist das Stiefkind fast aller österreichischen Gemeinden. Viele mittlere Distanzen lassen sich auch mit dem (E)-Fahrrad zurücklegen. Doch hier fehlt es an attraktiven Radwegen und diebstahlssicheren Abstellmöglichkeiten. Einerlei, ob Radeln oder Gehen: Dafür wird zusätzlicher Platz benötigt, der in Städten nur auf Kosten des Autoverkehrs geschaffen werden kann. Der Verteilungskampf um Fahrbahnen und Parkplätze muss geführt werden. Ebenfalls jener, wenn es um die Finanzierung der Öffis geht.

*Heinz Högelsberger ist Erdwissenschaftler und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien



Biodiversitätsverlust:

Besonders scharfe Worte findet der Europäische Rechnungshof für die Versäumnisse der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der EU. Seit vielen Jahren seien Bestand und Vielfalt der Arten auf landwirtschaftlichen Nutzflächen rückläufig. Eine der Hauptursachen dafür sei die Intensivierung der Landwirtschaft. Die Kommission habe sich zwar mit der Biodiversitätsstrategie der Verbesserung der Situation verschrieben, doch sei viel zu wenig in dieser Richtung geschehen. Der Rechnungshof empfiehlt, dass in der kommenden GAP-Periode (2021-2027) die EU-Gelder zielgerichteter eingesetzt werden. Als Voraussetzung dafür muss die Kommission aber zunächst zuverlässige Indikatoren für die biologische Vielfalt von Agrarland entwickeln, um überhaupt einmal feststellen zu können, ob ihre Politik die gesteckten Ziele erreicht.

Werbeeinnahmen:

Die britische „Guardian Media Group“, die unter anderem die Tageszeitung „The Guardian“ und die Wochenzeitung „The

Observer“ herausgibt, hat sich entschlossen, in Hinkunft keine Werbung von Öl- oder Gasfirmen mehr zu schalten. Damit soll diesen Firmen die Möglichkeit genommen werden, sich in den Medien einen irreführenden „grünen“ Anstrich zu geben. Der Konzern kann derzeit jedoch nicht so weit gehen, auch auf die Werbung für sehr CO₂-intensive Produkte wie Autos oder Fernreisen zu verzichten, da der damit einhergehende Einnahmehausfall existenziell bedrohlich wäre.

Kosten-Nutzen-Analyse:

Die US-Umweltschutzbehörde EPA hat Anfang Juni den Plan vorgestellt, ihre Methode der Kosten-Nutzen-Analyse von Luftreinhaltemaßnahmen zu ändern. In die Bewertung werden in Zukunft nur mehr dann die Vorteile einer Emissionsminderung einbezogen, wenn sie deren unmittelbare Folge sind; Zusatznutzen sollen unberücksichtigt bleiben. Da damit der Nutzen einer Maßnahme zur Luftreinhaltung rechnerisch geringer ausfällt, können dann manche Schritte zur Emissionsminderung unterbleiben. Als eine Auswirkung wird bei-

spielsweise erwartet, dass der Ausstoß von Quecksilber, welches das Nervensystem schädigt, steigen wird. Betreiber von Chemieanlagen und von Kohlekraftwerken loben den Schritt der Trump-Regierung, mit dem einmal mehr fortschrittliche Regelungen der Obama-Administration zunichte gemacht werden.

Klima-Kurs:

Die Corona-Krise führt auch in China zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung, und gerade der Schwerindustrie kommt beim Neustart der Wirtschaft eine wichtige Rolle zu. Daher haben Wissenschaftler*innen in China gewarnt, dass das Klimazielen in Gefahr sei. China, das Land mit dem weltweit höchsten Ausstoß an Treibhausgasen, will aber nach Aussagen des chinesischen Umweltministeriums an den Klimazielen festhalten, die es im Rahmen des Klimaabkommens von Paris zugesagt hat. So soll weiterhin die CO₂-Intensität der Volkswirtschaft, also der CO₂-Ausstoß bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, von 2005 bis 2020 um 40 bis 45 % fallen.

für bis zu 30 Prozent des Treibstoffverbrauchs eines Pkw verantwortlich. Die Qualität eines Reifens entscheidet auch über Straßenhaftung, Lärm und Plastikpartikel in der Umwelt. Trotzdem fristet die seit 2012 bestehende Reifen-Kennzeichnung ein Schattendasein. Mit der neuen Verordnung kommt im Wesentlichen ab 2021 ein Piktogramm für Schnee und Eis auf der Plakette hinzu. Im Handel gibt es dann rechtlich weder im Verkaufsraum noch digital Schlupflocher bei der Kennzeichnung. Die Hersteller-Lobby hat jedoch Bewertungen über Abrieb und Lebensdauer eines Reifens erfolgreich verhindert. **FG**

DIESEL-PKW

EuGH-Generalanwältin spricht Klartext

Abschaltvorrichtungen von Diesel-Pkw sind weder am Prüfstand noch im gewöhnlichen Fahrbetrieb mit EU-Recht vereinbar. Das ist der Kern des Schlussantrags am EuGH, der am 30. April 2020 ergangen ist. Französische Konsumentenschützer hatten 2018 ein Verfahren gegen VW und andere Hersteller angestrengt. Die Generalanwältin merkt an, dass die geltenden Emissionsgrenzen während des gesamten normalen Betriebs einzuhalten sind. Es sei zwar möglich, dass die Lebensdauer oder die Zuverlässigkeit des Motors negativ beeinflusst. Aber das rechtfertige keineswegs, das Emissionskontrollsystem zu deaktivieren, nur um den Motor gegen Verschleiß oder Verschmutzung zu schützen. Der EuGH wird im Herbst 2020 ein endgültiges Urteil dazu fällen. Er folgt jedoch gewöhnlich dem Schlussantrag. In Österreich sind potentiell rund eine Million Pkw von diesen Abschaltvorrichtungen betroffen. **FG**



Zuviel Tourismus? Alles anders in der Krise.

AUFGEATMET

Ruhe in Hallstatt

Das pittoreske Hallstatt gilt als Symbol für „over-tourism“ in den Alpen. In dem Ort mit 750 Einwohner*innen stoppten im Vorjahr mehr als 21.000 Busse hauptsächlich mit chinesischen Besucher*innen. Der Autor Jonas Vogt hat während des Lockdowns zwei Wochen lang in Hallstatt den totalen Stillstand beobachtet und konstatierte ein Wiedererwachen des dörflichen Lebens. Laut Bräuhaus-Wirtin hätte die Pause gutgetan, um darüber nachzudenken, welche Form von Tourismus man zukünftig anbieten will. Auf der anderen Seite konnte die Gemeinde mit den Einnahmen von den Reisegruppen ein neues Ärztezentrum und 30 günstige Gemeindewohnungen finanzieren. Die Pause währte nur kurz, denn schon zu Pfingsten sorgten zahlreiche inländische Ausflügler für überlastete Parkplätze und Staus vor den Sehenswürdigkeiten. Sie alle wollten Hallstatt ohne fernöstliche Reisegruppen erleben. **HH**

ABGEHOBEN 1

Air France soll „grüner“ werden

Die französische Regierung knüpft ihr Rettungspaket – insgesamt 7 Milliarden Euro

Darlehen – für Air France an ökologische Kriterien. Die Hilfen seien nämlich kein Blankoscheck, betonte der französische Finanzminister Bruno Le Maire: „Ziel von Air France muss sein, die Airline zu werden, die den Schutz des Planeten am nachhaltigsten garantiert.“ Innerfranzösisch soll nur noch fliegen, wer ein Ticket für einen Weiterflug nach Asien oder in die USA besitzt. Weiters soll die Fluglinie ihre CO₂-Emissionen auf Lang- und Mittelstrecken bis 2030 um 50 Prozent pro Passagier und Kilometer reduzieren;

auf innerfranzösischen Flügen sogar schon bis 2024. **HH**

ABGEHOBEN 2

Der Laudamotion-Krimi

Die Gehaltsverhandlungen bei Laudamotion waren durchaus krimireif, garniert mit Ultimaten, Erpressungsversuchen und Instrumentalisierung des Personals von Seiten des Unternehmens. So wollte der im Besitz von Ryanair befindliche Billigflieger das Grundgehalt für Flugbegleiter*innen unter das Niveau der Mindestsicherung drücken, jenes von Ko-Pilot*innen auf 1.700 Euro brutto pro Monat. Das ist übrigens der Mindestlohn, den der ÖGB generell anstrebt. Dabei ist Ryanair eine hochprofitable Fluglinie, deren Gewinne in den letzten Jahren stets knapp unter einer Milliarde Euro lagen. Glücklicherweise blieb die Gewerkschaft vida prinzipientreu, sodass doch noch ein einigermaßen akzeptabler Kollektivvertrag erzielt wurde. Die

Lehren: (1) Es braucht eine starke und konsequente Gewerkschaft. (2) Die Corona-Krise wird die Probleme mit Lohndumping und Billigtickets weiter verschärfen. (3) Billigairlines, die so mit ihren Beschäftigten, Betriebsrat und Gewerkschaft umgehen, sollten gemieden werden. **HH**

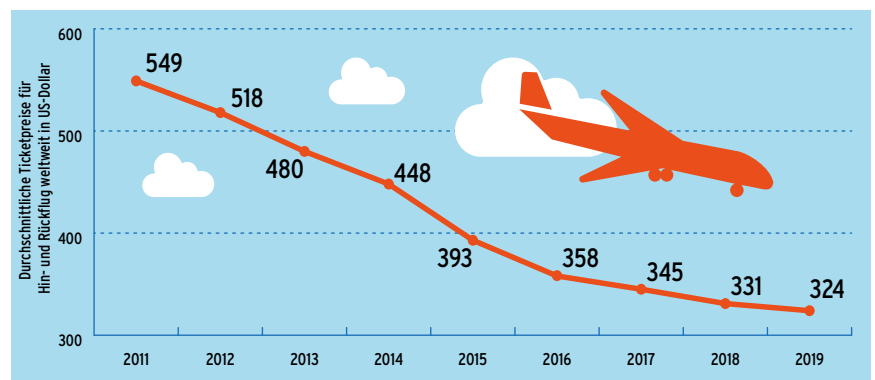
EUROVIGNETTE-RICHTLINIE

Neue EU-Mautvorschriften in Vorbereitung

Seit drei Jahren werden neue Maut-Regelungen auf EU-Ebene verhandelt. Jetzt ist eine Einigung in Sichtweite. Vom großen Wurf der Kommission ist aber außer Detailregelungen nicht viel übriggeblieben. So wird es keine Pflicht zu einem fahrleistungsabhängigen Road Pricing für Pkw und Lkw geben, wenn auf Autobahnen Mauten eingehoben werden. Die Vignette für Pkw in Österreich (=Maut gestaffelt nach zeitlicher Dauer) wird zum Beispiel weiterhin neben kilometerbasierten Mauttarifen

WIRTSCHAFT UND UMWELT GRAFIK-DIENST

Flugtickets: Preiskampf zulasten von Klima und Beschäftigten



Die Entwicklung zeigt, worüber sich Fluggäste freuen: Preise im Sinkflug. Dabei handelt es sich hier um einen weltweiten Durchschnitt, der Fern- und Nahflüge, Billigairlines und Qualitätslinien in einen Topf wirft. Die Auseinandersetzungen über die Verweigerung von angemessenen Löhnen rund um Laudamotion und über Klimaschutzmaßnahmen in den staatlichen Rettungspaketen für AUA, Lufthansa oder Air France

lenken den Blick jedoch aufs Wesentliche. Unter den Dumpingpreisen leiden die Beschäftigten und die Umwelt. Die Pandemie hat Airlines weltweit ins Trudeln gebracht, so darf es jetzt nicht weitergehen. Höhere Flugabgaben, die Besteuerung von Kerosin, Mindestpreise für Flugtickets und vor allem ein Branchenkollektivvertrag mit fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen sind nicht nur in Österreich überfällig. **SL**

QUELLE: IATA; STATISTA ID 975460, 2020

Nachrichten



VOR 30 JAHREN

Verpasste Chance

Wirtschaft und Umwelt 2/1990: Die Öffnung des Eisernen Vorhangs wurde nicht zur Verlagerung auf die Schiene genutzt.

„In der Ostregion besteht die einmalige Chance, zuerst den Schienenverkehr attraktiver zu machen. Denn überall sonst ist der Schienenverkehr in der hoffnungslosen Position des Hase-Igel-Märchens: Die Straße war, und zwar als attraktive Autobahn, schon früher da. In den Verbindungen nach Praha, Bratislava und Budapest aber könnte man zumindest im Personenverkehr der Schiene einen möglicherweise entscheidenden Startvorteil verschaffen. Etwa durch Intercity-Züge in regelmäßigem Takt und mit erheblich verkürzter Fahrzeit, eine Schnellbahnverbindung nach Bratislava mit 45 Minuten Fahrzeit. [...] Mehr als drei Viertel des grenzüberschreitenden Güterverkehrs nach Osten läuft auf der Schiene. Doch die Zeichen der Zeit stehen schlecht: Die gedankenlose Verkehrs deregulierung innerhalb der EG und der wirtschaftliche Aufschwung im Osten begünstigen den Lkw-Transport. Zustände wie am Brenner sind auch im Osten Österreichs nicht ausgeschlossen.“

VOR 15 JAHREN

Abseits der Straße

Wirtschaft und Umwelt 2/2005 schaut beim Feinstaub auch auf die Belastung durch die Landwirtschaft und durch Baumaschinen.

„Während sich Umweltschützer und Autoindustrie über die Umweltauswirkungen auch bei Feinstaub am Fetisch Auto reiben, emittiert ein Bereich still vor sich hin: der Off-Road-Sektor. Dazu zählen alle mit Verbrennungsmotoren ausgerüsteten Transportmittel, Maschinen und Geräte außerhalb des Straßenverkehrs wie Baumaschinen, Traktoren, landwirtschaftliche Erntemaschinen, mobile Industriegeräte (z.B. Gabelstapler) sowie Binnenschiffe, Eisenbahn- und Militärfahrzeuge. Eine Studie der TU Graz veranschlagt Traktoren und Erntefahrzeuge alleine mit 15 Prozent der PM₁₀-Emissionen in Österreich, den gesamten Off-Road-Bereich sogar mit mehr als 50 Prozent aller Emissionen. Ursache für den enormen Schadstoffausstoß ist ein veralteter Maschinen- und Fuhrpark und keine strengen EU-Emissionsnormen. [...] Beschäftigte, die Dieselruß ausgesetzt sind, unterliegen einer erhöhten Lungenkrebswahrscheinlichkeit.“



Die E-Tankstelle als Stolperstein.

von privaten Konzessionsgesellschaften in anderen EU-Staaten fortbestehen. Die Lkw-Maut soll dagegen verpflichtend stärker nach dem Energieverbrauch differenziert werden. Lkw werden künftig nach ihrem Verbrauch in Kategorien zertifiziert und bezahlen weniger Maut, wenn sie besonders sparsam sind. Mitgliedsstaaten können darüber hinaus CO₂-Mautzuschläge für ihre Klimaschutzanstrengungen einheben. **FG**

DEPLATZIERT

E-Tankstellen am Gehsteig

E-Tankstellen werden, wie viele andere Infrastrukturen die nur dem Autoverkehr dienen, zu meist am Gehsteig platziert. Dort vermitteln sie den Fußgängern, welcher Verkehrsträger die Politik bestimmt und ihnen, ganz selbstverständlich, noch mehr Platz rauben darf. Das Platzen widerspricht daher dem Ziel des Klimaschutzes, den Fußgängerverkehr zu fördern. Das Benützen der am Gehsteig situierten E-Tankstellen ist aber auch Menschen mit Behinderung, insbesondere RollstuhlfahrerInnen, wegen der Barriere „Randstein“ vielfach nicht möglich. Damit werden jene Personen ausgeschlossen die im höchsten Maße tatsächlich auf eine Pkw-Nutzung angewiesen sind. E-Tankstellen am Gehsteig

widersprechen daher oft den Regelungen des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes. In dessen § 6 ist festgehalten, dass „Verkehrsmittel, bauliche und sonstige Anlagen“ dann barrierefrei sind, „wenn sie für Menschen mit Behinderungen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind“. **GL**

SKEPSIS

Runder Tisch zur Einwegpfandstudie

Nach medialem Vorgeplänkel ist die harte Konfrontation beim Runden Tisch Anfang Juni ausgeblieben. Die Skepsis der Wirtschaft gegen ein Einwegpfand ist groß, die ablehnende Haltung aber nicht einheitlich. Die WKÖ äußerte Sorge um die kleinen Lebensmittelhändler. Vertreter der Bundesländer, der Umwelt-NGOs, von VKI und AK, von Städtebund und der ARGE Abfallverbände forderten verpflichtende Mehrwegquoten und die Umsetzung des Einwegpfandes. Mit Ausnahme der ÖVP-Umweltsprecherin äußerten sich auch alle andern Umweltsprecher ähnlich. Nur der Gemeindebund zeigte sich bedeckt. Im Stakeholderdialog Verpackungsverordnung sollen die Kritiker der Studie ihre Berechnungen offenlegen. **HO**

Ausbau gefordert

Greenpeace und AK Wien haben im März einen massiven Ausbau von Getränke-Mehrwegsystemen gefordert – etwa durch die Einführung einer gesetzlichen Mehrwegquote, die Kennzeichnungspflicht und Standardisierung von Mehrwegflaschen sowie die Einführung eines Pfandsystems für Einwegverpackungen. Der Handel hat entsprechend der Sozialpartnerempfehlung Mehrweg die Quote seit 2011 stabilisiert. Doch zehn Jahre später darf und soll man sich neue Ziele vornehmen. Ein breiteres Mehrwegangebot ist gefordert und eine Kennzeichnung für Konsument*innen was Ein- und Mehrweg ist. **HO**

EU-KREISLAUFWIRTSCHAFTSPAKET

Neuer Anlauf

Kürzlich hat die BAK ihre Position zum zweiten EU-Kreislaufwirtschaftspaket übermittelt. Die BAK unterstützt den breiten Ansatz der Kommissionsmitteilung, die den Schwerpunkt auf die Phase der Herstellung und die nachfolgende Nutzung legt, viele der Probleme klar anspricht und auch in den Maßnahmenvorschlägen konkret wird. Kritisch werden aber Versäumnisse und Schieflagen beim „ersten“ Kreislaufwirtschaftspaket gesehen. Dies betrifft den fehlenden Sozialen Dialog, die unzulänglichen Vorkehrungen, damit die nötige Konsument*inneninformation unabhängig von Herstellerinteressen möglich ist, und fehlende Vorgaben der EU-Abfallrahmenrichtlinie (ARRL), u.a. damit In-Sich-Geschäfte im Rahmen von Systemen zur Erweiterten Herstellerverantwortung (Extended Producer Responsibility – EPR) verhindert werden. **HO**

INTERVIEW MIT DEM WIENER STADTRAT PETER HACKER

CORONA AUCH ALS SOZIALE KRISE MEISTERN

Wien ist eine Millionenstadt, die die erste COVID-19 Welle ohne Engpässe im Gesundheitssystem, mit geringen Infektionszahlen und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienstleistungen bewältigt hat. Die Politik der Stadt hat einen großen Anteil daran.

Was sind die wichtigsten Ansatzpunkte und Erfolge der Krisenbekämpfung durch die Stadt Wien?

Die Stadt Wien hat bereits sehr früh die Pandemie wahrgenommen und schon im Jänner einen Krisenstab gebildet. Wir haben mit dem Gesundheitstelefon 1450 als zentrale Anlaufstelle und dem Ärztefunkdienst mit den mobilen Testteams erste entscheidende Maßnahmen gesetzt, um im Verdachtsfall rasch testen zu können. Wir haben die Spitäler geschützt, planbare Aufnahmen in den Krankenhäusern verschoben, Betten – vor allem auch im Intensivbereich – freigemacht und besonders gefährdete Personengruppen – wie Menschen in Pflegeeinrichtungen – streng geschützt. Wien gehört deshalb unter den Millionenmetropolen Europas zu jenen mit den wenigsten Infizierten und Toten. Jetzt, nachdem die Epidemie zurückgegangen ist, gehen wir den Infektionsketten penibel nach.

Die Corona-Krise ist nicht nur eine gesundheitliche, sondern auch eine soziale Bedrohung. Wie geht die Stadt damit um?

Diese soziale Bedrohung macht mir besonders große Sorgen. Nach der Kurzarbeit ist in vielen Betrieben mit Kündigungen zu rechnen, auch werden nicht alle Firmen diese Krise überleben. Die Bundesregierung redet dieses Problem derzeit klein. Ich will endlich Hilfspakete, die auch wirklich bei den Menschen ankommen. Die Stadt Wien setzt viele Schritte, um eine soziale Krise abzufedern. So werden Gastrogutscheine für alle Haushalte verteilt, um der Gastronomie zu helfen und Arbeitsplätze zu erhalten. Es wurde eine sehr gut angenommene Homeofficeförderung geschaffen; die Stadt Wien beteiligt sich zudem an Firmen, um Jobs zu sichern; nicht zuletzt

unterstützt die Stadt Wien die Wiederbelebung des Tourismus.

Die öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – Spitäler, Pflege, öffentlicher Verkehr, Strom- und Wasserversorgung – haben sich in der Krise als Rückgrat der Krisenbewältigung bewiesen. Welche Lehren könnte man daraus ziehen?

Die wichtigste Lehre ist, dass der Markt nicht alles regelt und dazu gehören sicher die zentralen öffentlichen Dienstleistungen im Gesundheitsbereich. Für mich ist die wichtigste Lehre, dass wir im Gesundheitsbereich den Forderungen nach möglichst wenig Betten, reduziertem Personal und privatisierten Gesundheitseinrichtungen nicht nachkommen werden. Große Einheiten sind robuster als kleine, da sie flexibler agieren können, sollte mal eine Abteilung unter Quarantäne gestellt werden.

Wie sollen in Zukunft neue Infektionswellen vermieden und negative soziale Folgen minimiert werden?

In erster Linie muss unsere Wirtschaft wieder belebt werden. Die Bundesregierung hat zwar versprochen „koste es, was es wolle“ jetzt aber wird geknausert. Unzählige Unternehmen wissen nicht, wie es weitergehen soll. Darunter leiden natürlich auch zig Tausende Arbeitnehmer. Man hat das Gefühl, die Bundesregierung unternimmt viel zu wenig. Die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Welle ist sicher gegeben. Wir werden österreichweit einen Bettenplan brauchen, um dann sofort COVID-Betten zur Verfügung zu haben. Sehr wichtig ist auch, dass die Regierung ein Rettungspaket für das Gesundheitswesen schnürt, denn durch die höhere Arbeitslosigkeit gehen der Krankenversicherung sehr hohe Beitragssummen verloren.



Peter Hacker ist amtsführender Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport in Wien.

Die Welt mit Corona - Voraussetzungen für nachhaltige Erholung

Der Klimawandel und die zügige Ausbreitung von Infektionskrankheiten zeigen mit ähnlicher Dramatik, dass die Menschheit in einem Boot sitzt. Beide Krisen legen gleichzeitig soziale Ungleichheiten offen. Sie erfordern nachhaltige politische Lösungen. VON FLORIAN WUKOVITSCH*

Krisenbewältigung

Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen ist das Gebot der Stunde.

S. 14

Stabilität

Während der Pandemie wurde klar, wie wichtig die öffentliche Daseinsvorsorge ist.

S. 18

Die Corona-Pandemie hat die Welt in ihren Grundfesten erschüttert. Politische Maßnahmen, die noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen wären, gehören nun weltweit zum Spektrum des Möglichen. Eine derart umfassende Beschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte ist in der Geschichte gefestigter Demokratien wohl einzigartig. Zumindest in Europa haben die Bevölkerungen die Entscheidungen ihrer Regierungen aber mit Fassung, größtenteils mit Zustimmung mitgetragen. Die Gesundheitskrise konnte damit fürs Erste bewältigt, weitgehend sogar abgewendet werden. Jetzt geht

es um den Wiederaufbau einer darniederliegenden Wirtschaft.

Noch nie war die Arbeitslosigkeit in der zweiten Republik so groß wie im Frühjahr 2020. Im Vergleich mit dem Vorjahresmonat stieg die Zahl der Betroffenen im April 2020 um 58 Prozent auf weit mehr als eine halbe Million (inkl. Teilnehmer*innen an Schulungen). Bis Ende Mai 2020 wurden zusätzlich knapp 1,4 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit geschickt. Der rasante Anstieg der Arbeitslosigkeit ist auch auf die Größe der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich zurückzuführen. Ihr Beitrag zur nationalen Wirtschaftsleistung ist mit



*Florian Wukovitsch ist Referent für ökologische Ökonomie und Umweltpolitik der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.



Leerer Strand und leere Kassen: Die Erholung muss auch sozial und ökologisch nachhaltig sein.

mehr als 15 Prozent überdurchschnittlich groß. Mit den Grenzschließungen und dem Lockdown kam diese Branche de facto zum Erliegen.

Im Unterschied zu sonstigen Wirtschaftskrisen ging die aktuelle von einer behördlich verfügten Einschränkung des Angebots und der Nachfrage aus. Mit den Folgewirkungen – Einkommens- und Umsatzausfälle, Entwertung von Lagerbeständen, Insolvenzen, unsichere Erwartungen etc. – wird sich die nachfrageseitige Lücke jedoch auch nach dem Ende des Lockdowns nur langsam wieder schließen. Damit besteht die Gefahr einer Verfestigung

wirtschaftlicher und sozialer Probleme. Nur durch eine entschlossene und sozial ausgewogene Krisenbekämpfung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene lassen sich diese Probleme in den Griff bekommen.

Die österreichische Bundesregierung hat sich bereits zu Beginn der Gesundheitskrise klar positioniert. Die sozialen und ökonomischen Folgen des Lockdowns sollten gemindert werden, „koste es, was es wolle“. In diesem Sinne wurde rasch ein umfangreiches Hilfspaket verabschiedet – mit einer neuen Kurzarbeitsregelung, Steuerstundungen, Liquiditäts- →

KURZGEFASST

Durch rasches politisches Handeln konnte eine schwerwiegende Gesundheitskrise in Österreich verhindert werden. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden uns noch länger beschäftigen. Nun gilt es, Maßnahmen zur Reduktion der Arbeitslosigkeit so zu setzen, dass damit auch ein Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise auf eine sozial gerechte Weise geleistet wird.

Zum Nachlesen

Der „UMWELT+BAUEN Marshall-Plan aus der Gesundheitskrise“ ist hier zu finden: <http://www.umwelt-bauen.at/umwelt-bauen/marshall-plan>

Schwerpunkt Neustart mit Chancen



→ tätsgarantien und -zuschüssen für den Unternehmenssektor sowie einem Härtefallfonds für Kleinunternehmen. Diese Maßnahmen wurden mehrmals nachgebessert und ergänzt, unter anderem durch einen Überbrückungsfinanzierungs-Fonds für selbstständige Künstler*innen.

Von der kurzen zur langen Frist

Die Frage ist nun, wie die Soforthilfemaßnahmen in eine sinnvolle Langfriststrategie überführt werden können. Seitens des AMS wurden früh Befürchtungen laut, dass es zu einem Anstieg der sogenannten Sockelarbeitslosigkeit – also jenes Anteils, der auch im Aufschwung nicht abgebaut wird – kommen könnte. Hier muss schnell durch ein umfangreiches Beschäftigungs- und Investitionspaket gegengesteuert werden. Gleichzeitig braucht es gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Armutsgefährdung. Die von gewerkschaftlicher Seite geforder-

te Erhöhung des Arbeitslosengeldes wurde beispielsweise bisher nicht umgesetzt. Ein Augenmerk ist auch auf die Stabilität des Euroraums zu legen. Das geht nur mit europäischer Solidarität.

Umso mehr erfordert aber die Bekämpfung der sozialen Verwerfungen der Krise eine solidarische Finanzierung. Trotz des enormen Anstiegs der österreichischen Arbeitslosenquote war diese auch im März 2020 im europäischen Vergleich weiterhin unterdurchschnittlich. Laut Prognosen der Europäischen Kommission vom Mai 2020 und der OeNB vom Juni 2020 wird der Wirtschaftseinbruch in Österreich im Jahr 2020 insgesamt moderater ausfallen als im Durchschnitt des Euroraums. Die vergleichsweise hohe Stabilität der österreichischen Volkswirtschaft ist – wie auch das Gesundheitssystem zeigt – nicht zuletzt dem gut ausgebauten Sozialstaat zu verdanken.

In der akuten Gesundheitskrise hat sich der österreichische Sozialstaat einmal mehr bewährt. Er garantiert sozialen Zusammenhalt, einen allgemeinen Zugang zu guter Gesundheitsversorgung und selbst im Lockdown die Aufrechterhaltung der Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Bewährt hat sich auch die Handlungsfähigkeit der österreichischen Sozialpartnerschaft, ihr Wert hat sich manchen Politiker*innen wohl erst in der Krise vollumfänglich erschlossen (Stichwort Corona-Kurzarbeit). Die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme und die öffentliche Daseinsvorsorge müssen nun auch während und nach der Corona-Krise gesichert und weiter verbessert werden. Orientierung für die Wirtschaftspolitik nach Corona geben die Dimensionen einer neuen Wohlstandsorientierung, wie sie nicht nur im Wohlstandsbericht der AK, sondern insbesondere in den Zielen für nachhaltige Entwicklung im Rahmen der UN-Agenda 2030 dargelegt werden. Bereits vor Ausbruch der Pandemie wurden sie auch systematischer in die wirtschaftspolitischen Empfehlungen im Zuge des sogenannten Europäischen Semesters der Europäischen Kommission integriert. Sie verdeutlichen die Bedeutung, die eine intakte Umwelt, ein geringes Maß an Ungleichheit sowie Gesundheit und Gleichberechtigung für den Wohlstand einer Gesellschaft haben.

Bereits vor Ausbruch der Pandemie wurden sie auch systematischer in die wirtschaftspolitischen Empfehlungen im Zuge des sogenannten Europäischen Semesters der Europäischen Kommission integriert. Sie verdeutlichen die Bedeutung, die eine intakte Umwelt, ein geringes Maß an Ungleichheit sowie Gesundheit und Gleichberechtigung für den Wohlstand einer Gesellschaft haben.

Bereits vor Ausbruch der Pandemie wurden sie auch systematischer in die wirtschaftspolitischen Empfehlungen im Zuge des sogenannten Europäischen Semesters der Europäischen Kommission integriert. Sie verdeutlichen die Bedeutung, die eine intakte Umwelt, ein geringes Maß an Ungleichheit sowie Gesundheit und Gleichberechtigung für den Wohlstand einer Gesellschaft haben.

Bereits vor Ausbruch der Pandemie wurden sie auch systematischer in die wirtschaftspolitischen Empfehlungen im Zuge des sogenannten Europäischen Semesters der Europäischen Kommission integriert. Sie verdeutlichen die Bedeutung, die eine intakte Umwelt, ein geringes Maß an Ungleichheit sowie Gesundheit und Gleichberechtigung für den Wohlstand einer Gesellschaft haben.

Bereits vor Ausbruch der Pandemie wurden sie auch systematischer in die wirtschaftspolitischen Empfehlungen im Zuge des sogenannten Europäischen Semesters der Europäischen Kommission integriert. Sie verdeutlichen die Bedeutung, die eine intakte Umwelt, ein geringes Maß an Ungleichheit sowie Gesundheit und Gleichberechtigung für den Wohlstand einer Gesellschaft haben.

Neustart durch Klimainvestitionen

- Massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Kosteneffiziente thermische Sanierung, v.a. auch von Bundesgebäuden
- Mehr Förderungen für Photovoltaik und Ausstieg aus fossilen Heizsystemen
- Aufstockung der Mittel für die Klima- und Energieforschung

Unser Standpunkt



Um den Sozialstaat krisenfest zu erhalten, braucht es viel mehr Beiträge von den Superreichen. AK PRÄSIDENTIN RENATE ANDERL

In den Wochen des Lockdowns wurde oft davor gewarnt, dass dessen positive Wirkungen auf den Ausstoß von Treibhausgasen und die Luftqualität nur von kurzer Dauer sein könnten, und sich mit den Programmen für eine wirtschaftliche Erholung womöglich in ihr Gegenteil verkehren. Diese Erfahrung machte man bereits nach der großen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, in deren Nachklang die Konjunktur – der Kritik von Vertreter*innen der ökologischen Ökonomie zum Trotz – um beinahe jeden Preis wieder angekurbelt werden sollte. Angesichts der politischen Entwicklungen im Jahr 2019 (Fridays for Future, Europäischer Green Deal, etc.) besteht aber Hoffnung, dass es dieses Mal anders laufen könnte.

Erste Signale für nachhaltige Politik

Erste Signale in diese Richtung zeichnen sich bereits ab. So haben die französische und die österreichische Regierung die Pakete zur Rekapitalisierung der Luftfahrtunternehmen mit einigen Klimaschutzklauseln verbunden. In Österreich hat sich darüber hinaus die Gewerkschaft massiv gegen Dumpinglöhne in der Luftfahrt zur Wehr gesetzt und damit die Verschärfung unfairer Wettbewerbsbedingungen auf Kosten von Arbeit und Klima gebremst. Auch das deutsche Konjunkturprogramm hat eine klimapolitische Note. Gleichzeitig wird in vielen Städten mit einer neuen Verteilung des öffentlichen Raums experimentiert, um den Platz für Fuß- und Radverkehr auszuweiten.

Welche Lehren wird die Corona-Krise also rückblickend für nachhaltige Entwicklung bereitgehalten haben? Zunächst hat sie gezeigt, dass entschlossenes politisches Handeln möglich ist.

Die Bevölkerung trägt selbst drastische Maßnahmen mit, wenn deren Notwendigkeit plausibel erklärt werden kann. Zunehmend entsteht der Eindruck, dass das für klimapolitische Weichenstellungen ebenso gilt. Die Pandemie verdeutlicht aber auch, dass jede Krise soziale Ungleichheiten offenlegt und womöglich verschärft. Wer weniger Einkommen und kein Vermögen hat, bzw. in prekären Umständen lebt, kann sich schlechter vor den Folgen einer Pandemie oder des Klimawandels zu schützen.

Um in der wirtschaftlichen Erholungsphase Gesundheit, sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz gleichzeitig zu fördern, wird es daher neben den Systemen der sozialen Sicherung auch gezielte Investitionen brauchen, finanziert durch ein gerechtes Steuersystem und ergänzt um durchdachte Ge- und Verbote. Nicht nur die AK hat dafür bereits ein Forderungspapier

vorgelegt (siehe Kasten unten). Auch die Initiative UMWELT + BAUEN (Gewerkschaft Bau-Holz, Bundesinnung Bau, GLOBAL 2000 u.a.) hat den sogenannten „UMWELT+BAUEN-Marshall-Plan“ erarbeitet, mit dem die Corona-Krise klimaschonend und beschäftigungs wirksam überwunden werden soll.

Und in der europäischen Politik birgt die Corona-Krise womöglich tatsächliche Chancen, die die Union eine neue Stufe der Solidarität erklimmen lassen. Erste positive Signale kamen nicht nur von der EZB. Auch die Kommission reagierte mit der vorübergehenden Außerkraftsetzung der europäischen Schulden- und Defizitregeln und einem ersten EU-Maßnahmenpaket im Ausmaß von mehr als 500 Milliarden Euro, das bereits im April 2020 verabschiedet wurde, schnell. Per Stand Ende Mai 2020 soll dieses zur vorübergehenden Verstärkung des avisierten europäischen Aufbauplans um 750 Mrd. Euro aufgestockt werden. Zu diesem Zweck würden erstmals für den EU-Haushalt Mittel auf den Finanzmärkten aufgenommen. Die Schlagkraft der europäischen Ebene wäre damit deutlich gestärkt. □

ERHOLUNGSPLAN

ÖSTERREICH NEU STARTEN - DIE GERECHTIGKEITSOFFENSIVE

Unter diesem Titel hat die AK im Mai 2020 einen Plan für eine sozial ausgewogene wirtschaftliche Erholung vorgelegt. Darin werden sechs Schwerpunkte gesetzt:

- Arbeitslosigkeit auf Vorkrisenniveau senken: u.a. Aufstockung des AMS-Personals, Chance 45 (40.000 Arbeitsplätze für gemeinnützige Tätigkeiten), Weiterbildungsoffensive
- Sozialstaat krisenfest machen: u.a. Erhöhung der Krisenresilienz im Gesundheitssystem (Versorgung mit Medikamenten, Kapazitäten etc.), Pflege nachhaltig sichern, Schuloffensive
- Armut und Armutsgefährdung bekämpfen: u.a. Anhebung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, rasche Umsetzung eines Mindest-

lohns von 1.700 Euro brutto pro Monat

- Öffentliche Investitionen mit Doppelnutzen: Schwerpunkte Klima & Energie, Digitalisierung und geförderter Wohnbau, u.a. Einführung einer flächendeckenden Lkw-Maut
- Gemeinsame europäische Anstrengungen zur Finanzierung der Krisenkosten: u.a. goldene Investitionsregel, flexiblierter Europäischer Stabilitätsmechanismus
- Gerechte Steuerbeiträge: insb. Steigerung der Steuerleistung der obersten fünf Prozent und von Großkonzernen, u.a. durch eine befristete Vermögensabgabe (ab 10 Mio. Euro) Details unter <https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/oessterreichneustarten/index.html>

Die Fesseln der Wertschöpfungsketten

In den letzten siebzig Jahren gab es in Österreich nichts, was solche Einschnitte und Veränderungen gebracht hat wie die Corona-Krise. Ein Hochschnellen der Zahl der Arbeitslosen um 200.000. Und eine Klarheit der Luft über Wien, die fast unwirklich scheint. VON CHRISTOPH STREISSLER, HEINZ HÖGELSBERGER*

KURZGEFASST

Die Corona-Krise hat positive Auswirkungen auf die Umwelt, aber negative auf Beschäftigung und Verteilung. Was können wir für eine fortschrittliche Umweltpolitik lernen, die die positiven Aspekte eines verringerten Konsums verstärkt, aber die Arbeitslosigkeit vermeidet? Die Antwort in diesem Beitrag lässt die Umwelt im engeren Sinn hinter sich und verlangt Lösungen auf globaler Ebene.

Der Rückgang des Verkehrsaufkommens, die Verringerung der Luftverschmutzung und der Treibhausgasemissionen, wie sie im März und April zu erleben waren, sind beispiellos. Viel mehr Menschen als sonst fuhr mit dem Fahrrad. Ein Flugzeug am Himmel war eine seltene Erscheinung.

Hier zeigt sich, was fortschrittliche Umweltpolitik erreichen könnte. Könnte, wohlgerne, denn diese Phänomene sind nicht Ergebnis von Design, sondern von Desaster. Sie sind die Folge einer Epidemie und vor allem der weitreichenden Einschränkung des gesellschaftlichen Lebens als Schutz vor COVID-19. Sie sind nicht Ergebnis einer Klimapolitik, die in den nächsten zwei oder drei Jahrzehnten von Kohle, Erdöl und Erdgas loskommen will, oder ähnlich weitreichender umweltpolitischer Ziele.

Der Staat kann entschieden handeln

Die Corona-Krise hat aber auch deutlich gezeigt, dass Gesetzgebung

und Regierung schnell handeln können. Wenn die Situation es erfordert, können weitreichende Maßnahmen umgesetzt werden, Maßnahmen, die weitgehend die Zustimmung der Bevölkerung fanden. Denn die Dringlichkeit der Situation war vielen bewusst.

Es werden hier die Möglichkeiten einer fortschrittlichen Umweltpolitik sichtbar, die weit über die kleinliche Diskussion irgendwelcher Förderungen für Wärmedämmung und Elektroautos hinausgeht. Die positiven Effekte laden zum Nachdenken darüber ein, was es bräuchte, um diese Utopie zu realisieren. Die negativen Folgen der Pandemie sind das Szenario, zu dem dabei ein Gegenentwurf entwickelt werden muss.

Rückgang des Konsums ...

Als gesundheitlicher Notstand ist die COVID-19-Pandemie in Österreich bisher recht glimpflich verlaufen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind aber weitreichend: Es kam zu einem dramatischen Einbruch der Konsumnach- →



*Christoph Streissler ist Chemiker und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.



*Heinz Högelsberger ist Erdwissenschaftler und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien



Die Abhängigkeit von globalen Wirtschaftsinteressen beschränkt die Möglichkeiten der nachhaltigen Krisenbewältigung.

ARBEITSMARKT NACH CORONA

NEUE OFFENSIVE FÜR ARBEITSPLÄTZE

550.000 beim Arbeitsmarktservice vorgemerkte Arbeitsuchende, 1,3 Millionen Arbeitnehmer*innen in Kurzarbeit: Mit diesen beiden Zahlen sind die verheerenden Folgen der COVID19-Pandemie auf dem heimischen Arbeitsmarkt schon beschrieben.

„Aus der Krise hinausinvestieren“ scheint Konsens auf EU-Ebene bei der Bewältigung dieser Folgen zu sein und muss die Strategie Österreichs prägen. Damit könnte endlich wirklich begonnen und beschleunigt werden, was schon vorher auf der politischen Agenda stand: Eine tiefgreifende Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens, ohne die die zunehmende soziale Ungleichheit, die digitale Revolution und insbesondere die Abwehr und Milderung der Klimakatastrophe nicht bewältigt werden können. Arbeitsmarktpolitik kann und muss eine solche Strategie unterstützen wie die drei folgenden Ansätze zeigen.

(1) So ist in der COVID19-Krise klar geworden, wie wichtig öffentlich bereitgestellte soziale Dienstleistungen sind. Trotz der im

Vergleich leistungsfähigen sozialstaatlichen Institutionen sind aber auch in Österreich erhebliche Defizite sichtbar geworden – etwa bei der Betreuung von Kindern und älteren Menschen. Ein arbeitsmarktpolitisch unterstützter Auf- und Ausbau von Beschäftigung im öffentlichen sozialen und ökologischen Interesse kann helfen, solche Defizite auszugleichen und gleichzeitig Arbeitslosigkeit reduzieren.

(2) Arbeitsstiftungen sind ein erprobtes Instrument zur Unterstützung struktureller wirtschaftlicher Veränderungen – sie ermöglichen arbeitslosen Arbeitnehmer*innen eine berufliche Neuorientierung. Sie sollten jeden-

Arbeitsmarktpolitik kann und soll auch den Einstieg in eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit ermöglichen.

falls ausgebaut und auf die Bewältigung des ökologischen Wandels ausgerichtet werden.

(3) Ein existenziell gut abgesichertes individuelles Recht auf berufliche Weiterbildung samt entsprechender Beratung und Begleitung wäre eine sinnvolle Ergänzung. Denn Entscheidungen zum beruflichen Neustart von Beschäftigten sollten in Zeiten beschleunigten Wandels ermöglicht und unterstützt werden.

Ein rasches Ende des Einbruchs auf dem Arbeitsmarkt ist nicht sehr wahrscheinlich. Umso besser ist es daher, dass die notwendige bessere existenzielle Absicherung der arbeitslos Gewordenen möglich zu werden scheint. Aber das alleine wäre nicht genug. Arbeitsmarktpolitik kann und soll auch den Einstieg in eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit ermöglichen. Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, vor allem aber um den Menschen in Österreich mehr Zeit und Freiheit für die Erfüllung ihrer sozialen, ökologischen und kulturellen Bedürfnisse zu geben. □



*Gernot Mitter ist Jurist und Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der AK Wien.

Schwerpunkt Neustart mit Chancen

→ frage. Gastronomie und Tourismus kamen fast völlig zum Stillstand, Kunst- und Kulturinstitutionen mussten die Tore schließen, und auch viele Sparten im Einzelhandel kamen zum Erliegen. Schon im März – anfangs noch ohne Ausgangsbeschränkungen – lag die Nachfrage nach Konsumgütern (ohne Lebensmittel) um fast 30 Prozent niedriger als im März des Vorjahres. Dieser Rückgang spiegelt sich auch in den Staatseinnahmen wider: Diese waren im April 2020 um 2,2 Milliarden Euro geringer als im April 2019. Allein das Aufkommen der Umsatzsteuer sank in diesem Monat im Vergleich zum Vorjahr um 31 Prozent.

Dieser Nachfrageeinbruch zog sofort auch Produktionsrückgänge nach sich. Die Folge: ein beispielloser Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die rasche Einführung von Kurzarbeit in vielen Betrieben konnte noch höhere Arbeitslosigkeit verhindern.

... führt zum Rückgang der Produktion

Die internationale Verflechtung der Wirtschaft hat zur Folge, dass der Nachfrageeinbruch in Europa, der sich ab Februar bemerkbar machte, auch die Länder trifft, die Europas Fabriken und KonsumentInnen beliefern. Damit trifft die Pandemie viele Menschen

WENIGER HANDEL

In der EU sanken von Jänner zu März die Importe von Maschinen und Fahrzeugen um 15 Prozent, die von Energie – vor allem Rohöl – sogar um 30 Prozent. Die sinkende Nachfrage führte zu Treibstoffpreisen unter einem Euro pro Liter. Die Welthandelsorganisation WTO schätzt, dass das Volumen des Welthandels 2020 um 13 bis 32 Prozent zurückgehen könnte.



Auch solche Beschränkungen trafen Ärmere wesentlich härter.

in diesen Ländern doppelt: durch die Krankheit und durch die Armut.

Denn in Staaten ohne funktionierendes öffentliches Gesundheitssystem, etwa in Brasilien, Peru, aber auch den USA, ist die Lage dramatisch. Dort trifft die Krankheit in viel höherem Maß die arme Bevölkerung. Die Eindämmung funktioniert schlechter, weil Menschen arbeiten gehen müssen, wenn kein soziales Netz da ist, das sie hält.

Indische Tagelöhner*innen standen durch den Lockdown plötzlich vor dem Nichts. Näher*innen in Ostasien wurden für die schon geleistete Arbeit ihre Hungerlöhne vorenthalten, weil Modeketten die Bestellungen stornierten. Hunderten Millionen Schulkindern fehlte durch die Schulschließungen ihre Hauptmahlzeit.

Wieder trifft es die Armen

Aber auch in Österreich trifft der Lockdown die Reichen und die Armen verschieden stark. Zum Höhepunkt der Corona-Krise war mehr als eine halbe Million Menschen in Österreich arbeitslos. Besonders stark traf das die Gastronomie, das Transportwesen und den Bau – Branchen, die nicht für hohe Löhne bekannt sind. Statt des ohnehin schlechten Lohns gibt es nur 55 Prozent davon als Arbeitslosengeld. Für Men-

schen, die geringfügig angestellt waren oder scheinselfständig auf McJobs angewiesen waren, ist die Lage noch prekärer. Im Gegensatz dazu konnten Menschen aus besser bezahlten Berufsgruppen ins Home-Office wechseln oder erhielten im Falle von Kurzarbeit immerhin noch zumindest 80 Prozent ihres Gehalts.

Ausgangssperre und Heimarbeit lassen auch die Ungleichheit der Wohnverhältnisse zutage treten. Für viele Menschen in beengten Wohnverhältnissen wird die Isolation zur echten Belastungsprobe. Wenn dann noch Schulkinder zu betreuen sind und Großeltern keine Betreuung übernehmen können, kann die Situation eskalieren.

Man muss kein Marxist sein, um zu erkennen, dass der Kapitalismus gleichermaßen auf der Ausbeutung von Arbeitskraft und Umwelt beruht. Die spannende Frage besteht darin, wie die Rahmenbedingungen geändert werden müssen, damit menschenwürdige Arbeit für alle und größtmöglicher Umweltschutz kein Widerspruch sind.

So wird die Wirtschaftsleistung in Österreich heuer deutlich schrumpfen. Gleichzeitig haben wir alle während des Lockdowns zu spüren bekommen, welche Produkte und Dienstleistungen wirklich wichtig sind und welche nicht.



Die Kurzarbeit, die es zur Zeit in vielen Betrieben gibt, weist in die Richtung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung.

Wenn wir unseren Konsum zurückfahren, bedeutet dies in der derzeitigen Wachstumslogik, dass Menschen arbeitslos werden. Die Schlussfolgerung ist einfach: Arbeit ist ein knappes Gut. Es gilt, sie fair zu verteilen.

Arbeit: ein knappes Gut

Das betrifft natürlich nicht nur für die unselbstständig Beschäftigten. Soll die faire Verteilung von Arbeit funktionieren, dann muss McJobs und Scheinselbstständigkeit ein Riegel vorgeschoben werden. Auch Selbstständige dürfen nicht mehr als den fairen Anteil vom Kuchen der verfügbaren Arbeit haben.

Und es ist klar, dass das kein Programm sein kann, das auf Österreich oder auf die EU beschränkt ist. Es muss verhindert werden, dass Unternehmen die Ausbeutung von Arbeit weiter in die Dritte Welt – in den Globalen Süden, wie es heute heißt – verlagern.

Mit dem Abschied von fossilen Brennstoffen in der EU ist es genauso: Eine Verringerung der Emissionen in der EU ist nur dann ein Schritt zum Schutz des Klimas, wenn diese Emissionen nicht in andere Staaten verlagert werden. Derzeit ist aber eine fortschreitende Auslagerung von Produktionsprozessen in Drittstaaten zu beobachten. Diese globale Arbeitsteilung hat sich nun als sehr fragil und stör anfällig erwiesen. Zu jeder Tonne an Treibhausgasen, die in Österreich emittiert wird, kommt durch Importe von Gütern noch eine halbe Tonne außerhalb der EU. Auch wenn also in der EU die Emissionen sinken, weltweit steigen sie weiterhin an.

Auch in einer globalisierten Welt lassen sich die Arbeitsbedingungen für alle Menschen verbessern, die Ressourcen maßvoll nutzen und die Überlastung des Klimas verhindern. Dazu braucht es eine faire Verteilung der verfügbaren Ressourcen und eine faire Verteilung von Arbeit. Weltweit.

In Abwandlung eines berühmten Textes von Marx und Engels könnte es heißen: Die Arbeitnehmer*innen haben nichts zu verlieren als die globalen Wertschöpfungsketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. □

Eines macht die Corona-Pandemie deutlich: Wenn dringendes Handeln notwendig ist, überlässt niemand die Lösung des Problems dem Markt. Das lässt sich auch auf die Klima- und Verteilungskrise anwenden, wo eine radikale und konsequente Politik im Interesse der Menschheit erforderlich ist.

Umweltauswirkungen

Das Umweltbundesamt hat die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Umwelt analysiert: www.umweltbundesamt.at/news200416.



AUSBEUTUNG VON ARBEIT UND UMWELT

IMPERIALE LEBENSWEISE

Wie kommt es dazu, dass nicht nur Menschen in Industriestaaten, sondern auch die neue Mittelschicht in Schwellenländern einen Lebensstil pflegt, der auf Ausbeutung von Arbeit und von Ressourcen beruht? Die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen haben anhand dieser Frage das Konzept der „Imperialen Lebensweise“ entwickelt.

Das ausgehende 19. Jahrhundert gilt als Epoche des Imperialismus, der eroberte Gebiete mit Militärgewalt unterwarf. Heute tritt der Imperialismus vermehrt in der Form des ungezügelter Handels auf. Das Konzept der imperialen Lebensweise deckt die in den zugehörigen Konsummustern verborgene Gewalt auf, die sich etwa in den Arbeitsbedingungen der Textilarbeiterinnen in Bangladesch äußert oder in den Umweltkatastrophen beim Erzabbau in Brasilien.

Diese Konsummuster sind nicht mehr auf die alten Industriestaaten beschränkt, sondern werden von der neu entstandenen Mittelschicht in vielen Schwellenländern übernommen. Das gelingt, weil dabei die zerstörerischen Folgen des Massenkonsums ausgeblendet werden. Das Konzept analysiert auch die Widersprüche, in die internationale Umweltpolitik sich verstrickt, wenn sie die katastrophalen Folgen dieser Lebensweise beheben will, ohne aber diese selbst in Frage zu stellen.

Importierte Emissionen

Zu jeder Tonne an Treibhausgasen, die in Österreich emittiert wird, kommt durch Importe von Gütern noch eine halbe Tonne außerhalb der EU.

Stabilität durch öffentliche Daseinsvorsorge

So wichtig wie in den vergangenen Wochen waren gute Spitäler, verlässliche Wasser- und Stromversorgung, Parks und Grünanlagen in unmittelbarer Nahе des Wohnortes selten. Um auf diese üblichen Dienstleistungen auch in Zukunft bauen zu können, müssen sie gestärkt werden.

VON IRIS STRUTZMANN UND SYLVIA LEODOLTER *

KURZGEFASST

Die Coronakrise zeigt, wie wichtig eine gut funktionierende Grundversorgung, insbesondere auch Gesundheitsversorgung ist. Jene die seit Jahren im üblichen Bereich den Sparstift ansetzen wollten, wurden eines Besseren belehrt. Es gibt aber bereits wieder Rufe nach Einsparungen im üblichen Bereich. Warum das ein kurzsichtiger Blick ist, wird im folgenden Beitrag aufgezeigt.

Beim Start der drastischen Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus waren die Menschen erschutert. Einige reagierten mit Hamsterkaufen, viele mit Angst und dem absoluten Rückzug in die eigenen vier Wände. Nachdem rasch geklärt worden war, dass die Lebensmittelversorgung aufrecht bleiben würde, fragten sich viele, wie sicher denn das Gesundheitssystem und die Energie- und Wasserversorgung ist, ob der Müll abgeholt wird und ob man noch mit üblichen Verkehrsmitteln fahren darf. Nach der Sorge um den Arbeitsplatz und das persönliche Einkommen sind die Sorge um die übliche Infrastruktur und wie es mit Pflege, Schule und Ausbildung weitergeht, die dominierenden Themen der Pandemie-Krise. Und plötzlich rückten auch die Beschäftigten, die für die kritische Infrastruktur, für die Daseinsvorsorge arbeiten, in den üblichen Fokus. Kassierer*innen im Supermarkt wurden freundlich angelächelt, Ärzt*innen und Pflegepersonal in Krankenhäusern erhielten Applaus und im Fernsehen gab es Berichte über die

Held*innen der Energieversorgung und über Sonderzüge mit Pfleger*innen aus Rumänien.

Nach dem ersten Schock über exponentielle Infektionskurven und leergefegte Straßen und Plätze stellte sich eine gewisse Erleichterung bei vielen Österreicher*innen über das im internationalen Vergleich sehr gute Gesundheits- und Sozialsystem ein. Die letzten Wochen zeigten, wie gut die Gesundheitsversorgung und die kritische Infrastruktur hierzulande funktionierte. Damit die übliche Infrastruktur weiter funktioniert, haben viele Beschäftigte nicht nur in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen auch persönliche Opfer gebracht und ihre eigene Gesundheit riskiert.

53 Mitarbeiter der Wien Energie gingen vorsorglich in Isolation, um die Stadt weiterhin mit Strom und Fernwärme zu versorgen. Die Krise führte uns vor Augen, wie wichtig Parks und fußläufig erreichbares Grün in der Nahе des Wohnortes sind. Warum die Bundesgarten über Wochen geschlossen



***Iris Strutzmann** ist Agrarwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.



***Sylvia Leodolter** ist Leiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.



In vielen Bereichen hielten Frauen die Versorgung am Laufen.

„ Die Heldinnen und Helden der Arbeit brauchen kein Denkmal. Sie brauchen gute Arbeitsbedingungen, faire Einkommen und Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen.

RENATE ANDERL

werden mussten, kann objektiv betrachtet kaum nachvollzogen werden und ist eher dem bereits beginnenden Wiener Wahlkampf zuzuschreiben, ebenso wie die überschießende Aufregung einiger Regierungsmitglieder über die Infektionscluster in Postverteilzentren.

Wohin Liberalisierung...

Die „gelbe Post“, die zu den öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zählt, ist seit vielen Jahren EU-weit der Liberalisierung und Privatisierung ausgesetzt. Nach der Trennung vom Telekommunikationsbereich (heute im mehrheitlichen Besitz des mexikanischen Privatunternehmens America Movil) und vom Postbus (heute Teil der ÖBB Holding) wurde

die Österreichische Post AG 2006 an die Börse gebracht und privatisiert. Heute sind nur mehr 52,9 Prozent der Post im Eigentum der Republik und überall wird der Sparstift angesetzt. Dass es gerade in den Postverteilzentren zu vielen COVID-19 Fällen kam, ist keine Überraschung. Im Zentrum Hagenbrunn (NÖ), das erst 2019 eröffnet wurde, sind auch sonst aus Kostengründen die Hälfte der Mitarbeiter*innen nicht bei der Post selbst, sondern bei Leiharbeitsfirmen angestellt. Sie sind billiger und haben wenig Kündigungsschutz. Viele dieser Arbeitnehmer*innen gehen aus Angst um ihren Arbeitsplatz und wegen mangelnder sozialer Absicherung auch krank in die Arbeit. In Zeiten einer Pan-

demie nicht nur für die Betroffenen eine gefährliche Sache.

...und ein neoliberales Spardiktat führen

Die Coronakrise führt uns vor Augen, wozu jahrelange Sparmaßnahmen und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in vielen Ländern Europas führen. Insbesondere nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 wurde in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge – auch im Gesundheitssystem – optimiert und eingespart. Die irische Ökonomin Emma Clancy fand in den letzten acht Jahren 63 Fälle, in denen die Europäische Union Mitgliedsstaaten offiziell zu Kürzungen im Gesundheitssystem aufrief. Ähnliche Sparaufrufe gab es auch für andere Bereiche, wie zum Beispiel zur Privatisierung von Wasser oder zu Einschränkungen bei der Arbeitslosenversicherung. Daher wurden Ausgaben für das Spitalswesen z.B. in Italien, Spanien und Griechenland nach der Finanzkrise drastisch gesenkt, um die Anforderungen der europäischen Sparprogramme erfüllen zu können. Diese Länder litten besonders unter der aktuellen Gesundheitskrise.

Länder, wie Österreich, die seit Jahren in den öffentlichen Sektor investieren, können diese Krise um einiges besser bestehen. Jüngst hat selbst die Präsidentin des österreichischen Rechnungshofes angeregt, die Empfehlungen der letzten Jahre, die eine Sparpolitik beim Gesundheitswesen vorsahen, zu überdenken. Dem Lob an das tolle System folgte aber bald wieder der Ruf nach Einsparungen. Neoliberale GesundheitsökonomInnen forderten nach dem Höhepunkt der Krise umgehend, die Anzahl der Intensivbetten zu reduzieren. Die Gefahr ist groß, dass wie bereits vor 12 Jahren in der Bankenkrise die →

Empfehlungen des KDZ für einen Gemeindeinvestitionsfonds::

<https://www.kdz.eu/de/content/steuerungspotenziale-eines-investitionsfonds-für-gemeinden>

Schwerpunkt Neustart mit Chancen

→ falschen Schlüsse gezogen werden. Die Krise verursacht dramatisch hohe Kosten und der Ruf die Staatsverschuldung abzubauen und zu privatisieren wird wohl nicht lange auf sich warten lassen. Stattdessen müsste das System versagen, das sich an zu wenig Personal, fehlenden Betten und Beatmungsgeräten in vielen Ländern zeigte, durch öffentliche Investitionen in die kritischen Infrastrukturen und Dienstleistungen bekämpft werden. Dabei müsste gerade jetzt allen verantwortungsvollen Politiker*innen klar sein, dass ein krisenfester Weg nur in der Stärkung und im Ausbau öffentlicher Dienste und Infrastrukturen mit ausreichendem Personal und guten Arbeitsbedingungen sein kann.

Gemeinsames Europa

Da tut es richtig gut zu lesen, dass selbst die Europäische Kommission in ihrem wirtschaftspolitischen Ausblick zu Österreich am 20. Mai 2020 empfiehlt, die Investitionen in die öffentliche Gesundheit und in die Grundversorgung zu erhöhen. Auch der gleichberechtigte

REKOMMUNALISIERUNG

DIE ZUKUNFT IST ÖFFENTLICH

Eine aktuelle Studie von Transnational Institute (TNI) zeigt auf, dass die Privatisierung von Wasser, Strom, Kindergärten etc. kläglich gescheitert ist. Sie sammelt über 1.400 erfolgreiche Fälle von Rückführungen privater Dienstleistungen in die öffentliche Hand. Allein in Europa wurden mehr als 900 Rekommunalisierungen in über 20 Ländern aufgezeigt.

Vor allem die negativen Erfahrungen mit der Privatisierung, wie geringere Investitionen in die Infrastruktur, schlechtere Arbeitsbedingungen, höhere Preise oder Kontrollverluste, brachten Städte und Gemeinden dazu, Strom, Wasser, Müll, Kindergärten oder Spitäler wieder selbst zu betreiben. <https://www.tni.org/en/futureispublic>



Auch der freie Zugang zu Erholungsräumen ist Teil der Daseinsvorsorge.

Zugang zu Bildung und mehr digitales Lernangebot soll sichergestellt, verstärkt in den ökologischen und digitalen Wandel, in nachhaltigen Verkehr sowie eine saubere und effiziente Energieerzeugung und -nutzung investiert werden. Wichtige Zukunftsprojekte die es umzusetzen gilt.

Der rigide Sparkurs für kommunale und nationale Haushalte nach der Finanzkrise von 2008 darf nicht wiederholt werden. Öffentliche Dienstleistungen bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft und halten sie am Laufen. Sie benötigen gerade dann ausreichende Finanzierung, wenn diese Pandemie überwunden ist, weil auch öffentliche Unternehmen und Einrichtungen drastische Einnahmefälle zu verkraften haben. Dringend nötig sind das Aussetzen des Stabili-

täts- und Wachstumspakts und weitere Maßnahmen auf EU-Ebene. Es ist Zeit für eine goldene Investitionsregel, damit der Bau von Schulen, Kindergärten und Pflegeheimen, oder die Investitionen in die Wasser- und Stromversorgung, sowie in den öffentlichen Verkehr nicht länger als Staatsschulden angerechnet werden. Ganz abgesehen davon, dass diese Investitionen auch einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten sollen.

Kommunen und Sozialstaat stärken

Viele Bereiche der Daseinsvorsorge werden von den Städten und Gemeinden getragen. Aktuelle Prognosen in Österreich gehen von einem Minus bis zu 2 Mrd. Euro aus. Helfen kann dabei direkte finanzielle Unterstützung wie die angekündigte Milliarde für Städte und Gemeinden auf nationaler Ebene, die aber nicht an der mangelnden Liquidität mancher Gemeinden für die Kofinanzierung scheitern darf. Daher muss das Investitionsprogramm von kurzfristigen Entlastungsmaßnahmen zur Sicherung der Liquidität der Gemeinden begleitet werden.

Jetzt gehe es darum, den Sozialstaat zu stärken, die Arbeitslosigkeit zu sen-

ken und die Wirtschafts- und Klimakrise zu überwinden. Die AK hat dazu ein Investitionspaket vorgestellt, in dem unter anderem ein umfassender Ausbau der öffentlichen Infrastruktur gefordert wird. Alle, die jetzt den Sozialstaat und die Daseinsvorsorge loben, sollen dies bei den Lohnverhandlungen im Herbst nicht vergessen – und auch die Medien und Politiker*innen mögen sich dann noch daran erinnern. Denn wir brauchen auch gute Lohnabschlüsse und gute Arbeitsbedingungen um den sozialen Zusammenhalt und die Wirtschaft wieder zu stärken. □

Öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge und Kommunen dürfen nicht die Corona-Verlierer sein, während private Konzerne mit Bundesmitteln gerettet werden.

INTERVIEW MIT DER BUNDESVORSITZENDEN DER GPA-DJP, BARBARA TEIBER

SOZIAL GERECHTER NEUSTART GEFORDERT

Wir müssen alles daran setzen, die Arbeitslosigkeit nach Corona wieder zu verringern", meint Barbara Teiber, GPA-djp-Bundesvorsitzende und AK-Vizepräsidentin im Interview mit der Wirtschaft und Umwelt.

Was bringt den Arbeitnehmer*innen die Corona-Soforthilfe für Unternehmen?

Wenn die Soforthilfe wirklich in den gefährdeten Unternehmen ankommt und dadurch Kündigungen und Arbeitslosigkeit verhindert werden kann, dann ist natürlich den Beschäftigten geholfen. In diesem Zusammenhang ist das Instrument der Kurzarbeit ein zentrales und es wird ganz wichtig sein, dass es auch weitergeführt wird. In gewissem Sinne sind alle Arbeitnehmer*innen Held*innen. Für Gruppen, die sich besonders den Gefahren ausgesetzt haben, soll der Staat den „Corona-Tausender“ als Extraprämie auszahlen, so unsere ÖGB-Forderung. Und ganz wichtig: Für jene, die jetzt den Job verloren haben, ist es essentiell, dass das Arbeitslosengeld auf 70 Prozent des Nettoeinkommens erhöht wird. Das wäre auch für die Inlandsnachfrage wichtig.

Welchen Rahmen braucht es für Home Office?

Home Office kann für Arbeitnehmer*innen einige Vorteile bringen: Anfahrtswege fallen weg und es kann mitunter konzentrierter in gewohnter Umgebung gearbeitet werden. Allerdings verschwimmt die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit. Die Arbeit zu Hause kann zu Isolation und mangelnder Kommunikation untereinander und mit den Betriebsrät*innen führen. Als Ergänzung zu gemeinsamer Arbeit im Betrieb ist Home Office sinnvoll – Büroflächen deshalb einzusparen aber nicht. Es ist wichtig, die Rechte und Pflichten in einer Betriebsvereinbarung genau zu regeln, damit das wirtschaftliche Risiko nicht

auf die Beschäftigten verlagert wird. Home Office ist jedenfalls nicht der Schlüssel zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Betreuungspflichten.

Die kritische, soziale Infrastruktur hat sich vor allem dort bewährt, wo sie in öffentlicher Hand ist. Wie kann man diese stärken?

Ohne öffentlichen Sektor kann eine Gesellschaft nicht funktionieren. Wir sehen, dass es enorm hohe Risiken birgt, sich mit lebenswichtigen Gütern von privatwirtschaftlichen Unternehmen, die v. a. in Asien produzieren lassen, abhängig zu machen. Österreich kommt vergleichsweise gut durch die Krise und ist dort handlungsfähig, wo Teile der Daseinsvorsorge von öffentlichen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen erbracht werden. Nach der Krise werden wir langfristig höherer öffentlicher Ausgaben bedürfen, um etwa den steigenden Bedarf im Gesundheits- und Pflegesektor zu finanzieren. Es braucht wieder vermehrt öffentliche Beteiligung an privatwirtschaftlichen Unternehmen.

Rütteln Coronakrise und Klimawandel am Wachstums-Dogma?

Wir wissen, dass das Wirtschaftswachstum nicht den Wohlstand misst oder für Verteilungsgerechtigkeit sorgt. Es geht jetzt nicht einfach darum, dass die Wirtschaft wächst, sondern dass die Arbeitslosigkeit rasch wieder abgebaut wird. Und es geht darum, dass wir die Wirtschaft auf Klimaneutralität umbauen. Investitionen in Klimaneutralität schaffen eine Win-Win-Situation. Sie erhöhen unmittelbar die Beschäftigung und sie schaffen einen langfristigen Nutzen.



Barbara Teiber, Bundesvorsitzende der GPA-djp und Vizepräsidentin der AK Wien.

In nur wenigen Tagen hat das Corona-Virus das ganze Leben auf den Kopf gestellt. Wie wirkt sich die Krise auf arbeitende Frauen mit Kindern aus? Was bleibt, wenn das Rot des Superman-Capes durchs viele Waschen verblichen und das Klatschen verhallt ist?

VON VERA ERLACHNER*

Arbeit nach Corona – was bleibt von den Held*innen auf Zeit?

KURZGEFASST

Mehrere Studien zeigen, dass die Möglichkeiten des (Weiter-)Arbeitens während der Krise, eng verknüpft sind, mit Bildungsstand und Einkommen der Arbeitnehmer*innen. Vor allem Frauen sehen sich während der Krise mit einer erhöhten Belastung konfrontiert. Was bleibt übrig von der Dankbarkeit, wenn für Verbesserungen in den systemrelevanten Bereichen gekämpft wird?

Innerhalb weniger Tage hat sich die Arbeitssituation vieler Arbeitnehmer*innen in Österreich stark verändert. Die Auswirkungen der angeordneten Schließungen ab dem 16. 3. 2020 treffen die überwiegende Zahl der Unternehmen hart. Die Zahl der Anträge auf Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit schnellten in nie zuvor da gewesener Geschwindigkeit nach oben. Lag die Zahl der Arbeitslosen Mitte März 2020 noch bei durchschnittlich 3 Prozent unter dem Wert des Vorjahres, erhöhte sich der Bestand der arbeitslos vorgemerkten Personen sprunghaft und täglich. Am 30. März 2020 stieg die Zahl der arbeitslosen Personen im Vergleich zum Vorjahresmonat um + 65,7 Prozent an (über 504.3300 Personen). Mehrere Studien zeigen, dass die Art wie sich die Arbeitssituation verändert hat, eng mit dem Einkommen und dem Bildungsstand der Beschäftigten verknüpft ist.

Beide Studien zeigen, dass einkommensschwache und bildungsferne Gruppen häufiger

von Kurzarbeit betroffen sind. Auch Arbeitslosigkeit betrifft diese Gruppe am häufigsten. All jene also, die bereits zuvor über weniger Einkommen verfügten, wurden von der Krise am härtesten getroffen. Werden hierzu keine Gegenmaßnahmen getroffen, verfestigt und verstärkt sich die bestehende Ungleichheit.

Laut dem AMS sind vor allem Personen mit Pflichtschulbildung von der Arbeitslosigkeit betroffen: 44 Prozent der im April 2020 arbeitslos gemeldeten Personen gehören dieser Gruppe an. Wohingegen Personen mit akademischer Ausbildung nur 7 Prozent ausmachen.

Arbeitslosigkeit betrifft beide Geschlechter in ähnlicher Weise, wobei je nach Bereich natürlich Unterschiede bestehen. Laut einer aktuellen Studie des WIFO unterscheiden sich die Zahlen beim Blick auf die formalen Bildungsabschlüsse der Betroffenen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit von Männern betrifft eher den Bereich der geringqualifizierten, wohingegen

bei den Frauen eher die höher Qualifizierten betroffen sind.

Kurzarbeit

Während sich die eine Gruppe mit dem Arbeitsplatz zu Hause arrangieren muss, fürchten andere um ihre Jobs. Die von den Sozialpartnern vereinbarte Kurzarbeitsbeihilfe ermöglicht es den Unternehmen, die unter der Krise und den damit verbundenen wirtschaftlichen Einbrüchen leiden, die Arbeitnehmer*innen in Beschäftigung zu halten. Die Arbeitszeit wird für einen befristeten Zeitraum herabgesetzt und die Beschäftigten erhalten trotzdem zwischen 80 Prozent und 90 Prozent ihres Bruttoeinkommens. Der Arbeitgeber erhält vom AMS die Kosten für die Ausfallstunden gemäß festgelegter Pauschalsätze ersetzt. Die Mittel dafür wurden von der Regierung mehrmals aufgestockt.

Spitzenreiter ist hier der Handel, aus dem 23 Prozent der Kurzarbeitsanträge stammen. Aus dem Gastgewerbe und Beherbergung wurden 12 Prozent und aus der Bauwirtschaft 11



*Vera Erlachner ist Mitarbeiterin in der Grundlagenabteilung der GPA-djp.

AMS Spezialthema zum Arbeitsmarkt:

COVID-19 Krise am Arbeitsmarkt. März 2020.
https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_spezialthema_0320.pdf
<https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog09/>



Der Glanz und Ruhm der Held*innen auf Zeit verblasst nur zu schnell.

Prozent Kurzarbeitsanträge gemeldet (Stand 14. 4. 2020).

Zählt man die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen zu den Kurzarbeit betroffenen Arbeitsplätzen Ende April, so sehen sich über 1,7 Millionen Menschen mit einer der wohl härtesten Auswirkungen des Lockdowns konfrontiert.

Systemrelevante Arbeit ist mehr wert

Die vielen Lieferant*innen, Pfleger*innen, Verkäufer*innen und Erntehelfer*innen sind nur einige wenige jener Beschäftigten, die auch während der Corona-Krise „normal“ weiterarbeiteten, um die Versorgung zu sichern. In einer Zeit, in der ein Virus die Gesundheit und das Leben gefährden, arbeiten diese Menschen unter Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit für uns alle. Zu Recht werden sie als „Held*innen des Alltags“ bezeichnet und mit tagtäglichem Applaus gewürdigt.

Die „neue Normalität“ unterscheidet sich freilich von der alten: Plexiglasscheiben, Nase-

Mund-Masken und Handschuhe gehören in dieser Zeit zur Grundausrüstung der Beschäftigten im Handel. Das von der GPA-djp initiierte „Corona-Schutzpaket“ für die Beschäftigten im Handel wurde rasch umgesetzt.

Beinahe alle großen Supermarktketten haben an ihre Beschäftigten Prämien ausbezahlt. Ein kleines Danke für deren Einsatz während des Ansturms in den Lebensmittelgeschäften der ersten Tage. Die KV-Verhandlungen für den Handel beginnen im Herbst 2020 und auch dort sollte die Dankbarkeit finanziell spürbar sein. Wird sich die Dankbarkeit beim nächsten Gehaltszettel oder der nächsten Kollektiv-Vertragsverhandlung bemerkbar machen?

Rückschritt durch Einschnitt

Während der Corona-Krise sind viele der Arbeitnehmer*innen in diesem Bereich weiter zur Arbeit gegangen. In der 24 Stunde Pflege mussten sogar Arbeitnehmer*innen aus

dem Ausland eingeflogen werden, um den Kollaps des Systems zu vermeiden. So verschiedenartig die Arbeitsbereiche im Gesundheits- und Sozialwesen sind, so verschieden sind auch die Beschäftigungssituationen während der Corona-Krise. Visier und Plexiglasscheiben

sind naturgemäß nicht überall möglich. Die Versorgung mit Schutzausrüstung hat aber im Großen und Ganzen gut funktioniert, da in vielen Bereichen Hygiene auch vor Corona bereits ein wichtiges Thema war.

Eva Scherz, Chefverhandlerin der GPA-djp, ist zufrieden. →

1,25 MIO. ARBEITSPLÄTZE GERETTET

KURZARBEIT BEWAHRT VOR ARBEITSLOSIGKEIT

Das von den Sozialpartnern verhandelte Kurzarbeitsmodell ermöglicht es den Unternehmen, die Arbeitszeit ihrer Arbeitnehmer*innen während der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden, vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, herabzusetzen. Die Arbeitnehmer*innen werden so vor der Arbeitslosigkeit gerettet. Das Budget für die Kurzarbeitsbeihilfe wurde von der Regierung, angesichts der hohen Zahl der Anträge, stetig erhöht. Am 1. Mai 2020 wurde es schließlich auf 8,8 Milliarden Euro erweitert, da sich zu der Zeit 1,2 Millionen Menschen in Kurzarbeit befanden. Mitte April stieg die Zahl der eingebrachten Anträge vom 10. April auf den 17. April um das Doppelte; aber auch hier flacht sich die Kurve ab. Mit 4. Mai 2020 waren laut den Angaben des BMAFJ knapp über 104.000 Anträge in Bearbeitung. Davon wurden bereits über 91.460 genehmigt, wobei sich das Volumen der Kurzarbeitsbeihilfe auf 8,8 Milliarden Euro beläuft. Die Anträge sichern rund 1,25 Millionen Arbeitsplätze.

„CORONA HAT DEUTLICH GEZEIGT: DIE ARBEIT IM SOZIALBEREICH MUSS UNS MEHR WERT SEIN! EVA SCHERZ, GPA-DJP

Betrieb



→ Die Umsetzung der Maßnahmen haben gut funktioniert und es hatte sich gezeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat auch in einer Krise gut läuft. 150 Einrichtungen aus 90 Organisationen arbeiten derzeit in Kurzarbeit. Dies betrifft vor allem den Bereich der Kinderbetreuung, die mobilen Dienste, Tagesbetreuungseinrichtungen sowie Fahrtendienste und den Therapiebereich.

Da Tagesbetreuungseinrichtungen wegfallen, ist die Arbeit in Bereichen wie dem Wohnungslosen-, Kinder-, Jugend- und Flüchtlingsbereich sowie dem Behindertenbereich mehr geworden und muss rund um die Uhr stattfinden. Es zeigt sich, dass die Ehrenamtlichen und die Angehörigen in diesen Bereichen, die nun während der Krise nicht mitarbeiten konnten, vielfach fehlen, weswegen die Belastung bei den Pfleger*innen steigt.

Wohl gemerkt eine Berufsgruppe, deren Einstiegsgehalt laut dem aktuellen Kollektivvertrag (diplomierte Pfleger*innen (DGKP): brutto 2.393,50 Euro und für Pflegeassistent*innen brutto 2.078,80 Euro) nur geringfügig über der Armutsgrenze liegt (1-Personen-Haushalt 1.259 Euro; 1 Erwachsener + 1 Kind: 1.636 Euro). 24-Stunden-Pfleger*innen arbeiten auf

Sozialer Kontakt bleibt bei Homeoffice nur virtuell.

selbstständiger Basis mit Gewerbeschein, für sie gilt kein Kollektivvertrag und somit auch kein Mindestgehalt.

Als Dank für das Arbeiten an der vordersten Front konnte im Rahmen des KV-Abschlusses eine steuer- und sozialversiche-

rungsfreie Sonderprämie in Höhe von 500 Euro vereinbart werden. Wichtig ist die Frage, betont Eva Scherz, wie viel diese Arbeit uns als Gesellschaft wert ist. „Momentan ist sie uns noch nicht genug wert“, so Scherz. Das unser Pflegesystem nur durch

komplizierte bilaterale Verhandlungen und durchs Einfliegen von ausländischen Pflegekräften vor dem Kollaps gerettet werden kann, ist ein Zeichen für ein System, das einer dringenden Reform bedarf. Eine Studie des Sozialministeriums hat festge-

UMFRAGEN ZEIGEN:

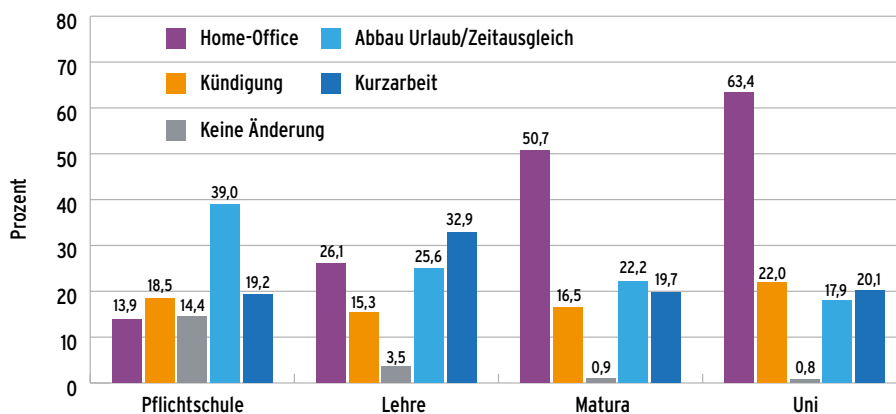
HOME-OFFICE STEHT NICHT ALLEN OFFEN

Umfragen des SORA-Instituts und der Universität Wien zeigen, dass die Möglichkeit im Home-Office während der Corona-Krise (weiter-)zuarbeiten vor allem jenen vorbehalten waren, die ein besseres Einkommen beziehen und einen höheren Bildungsstand haben.

Konnten mehr als die Hälfte der Beschäftigten mit Matura oder Universitätsabschluss im Home-Office weiterarbeiten, war dies nicht einmal für jede/n siebte/n Arbeitnehmer*in mit

Pflichtschulabschluss der Fall. Zudem sehen sich Arbeitnehmer*innen mit Pflichtschulabschluss mehr als doppelt so oft mit Kurzarbeit konfrontiert als jene mit Universitätsabschluss. Home-Office bleibt eher jenen vorbehalten, die einer „höheren“ Einkommensstufe angehören. 55 Prozent der Arbeitnehmer*innen mit maximal Pflichtschulabschluss arbeiten trotz Corona an ihrem Arbeitsplatz weiter und gehören somit wohl dem „systemrelevanten Bereich“ an.

Änderung der Arbeitssituation nach Bildung



QUELLE: AUSTRIAN CORONA PANEL DER UNIVERSITÄT WIEN, ERSTE WELLE, MIT W_WEIGHTED GEWICHTETE DATEN

Die Leistung der Handelsangestellten muss auch in echtem Geld wertgeschätzt werden. Das werden wir im Herbst bei den KV-Verhandlungen zum Thema machen.

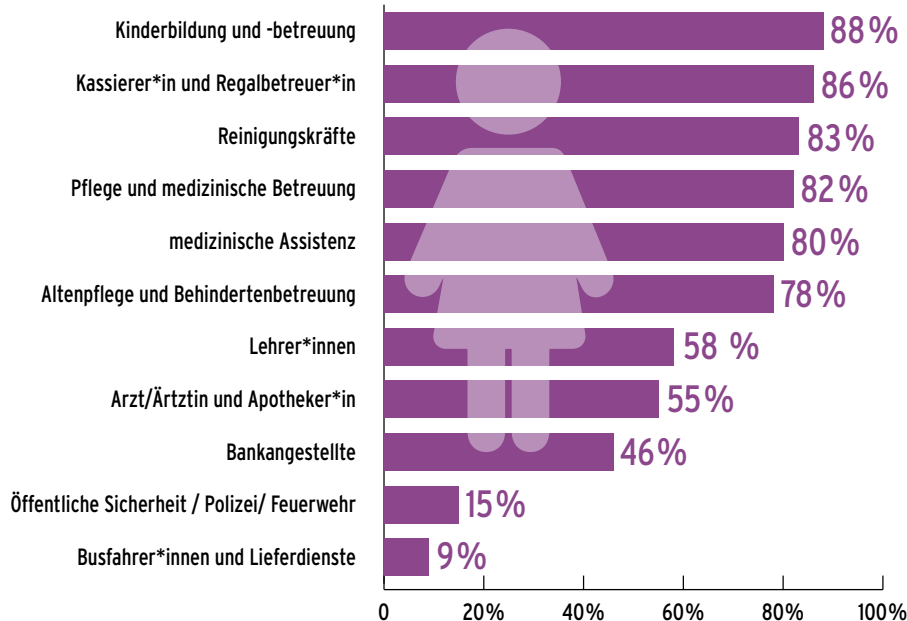
**ANITA PALKOVICH, GPA-DJP
WIRTSCHAFTSBEREICHS-
SEKRETÄRIN**

stellt, dass bis 2030 in diesem Bereich zusätzlich 31.400 Personen benötigt werden. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen – mehr Geld und eine kürzere Arbeitszeit – würde den Bereich für Arbeitnehmer*innen attraktivieren. Auch müsste eine konsequente Aufschulung der Pfleger*innen gemacht werden, da viele engagierte Heimhilfen an der Sprache (B2 für Pflegeassistenz) scheitern, erklärt Eva Scherz. Die Bedeutsamkeit des Bereichs für unser alltägliches Leben hat sich in dieser Corona-Krise deutlich gezeigt und sollte nicht vergessen werden!

Die Frage ist, wie lange dieses Gefühl der Dankbarkeit im gesellschaftspolitischen Diskurs erhalten bleibt. Verfliegt es so schnell, wie das allabendliche Klatschen verhallt? Lässt uns die „neue Normalität“ vergessen, auf wen wir uns in der Krise stützen konnten? Nicht nur die Kollektivvertragsverhandlungen im Herbst werden zeigen, ob und wie sich die große Dankbarkeit in Zahlen messen lässt. Es geht dabei um nicht weniger als um die Verbesserung der Arbeitssituation für die vielen Personen, die unser System in Zeiten der Krise am Laufen halten. □

Frauenanteil in systemrelevanten Berufen

QUELLE: SORA-AUSWERTUNG DES ARBEITSKLIMAINDEX DER AKÖÖ



HELD*INNEN AUF ZEIT

FRAUEN IN DER KRISE

Frauen sind aus vielerlei Hinsicht besonders von der Corona-Krise betroffen. Eine aktuelle Studie des WIFO zeigt, dass einerseits die frauendominierte Dienstleistungsbranche (z.B. Frisör*innen) besonders hart von den Schließungen betroffen ist. Zudem sind die systemrelevanten Wirtschaftsbereiche (wie der Lebensmittelhandel oder der Gesundheitsbereich) eindeutig frauendominiert und diese arbeiten auch während der Corona-Pandemie unter erschwerenden und gesundheitsgefährdenden Bedingungen weiter. Auch der jüngste Arbeitsklimaindex der AK Oberösterreich zeichnet ein ähnliches Bild: In acht von elf Berufen überwiegt der Frauenanteil (siehe Grafik).

In den letzten Jahrzehnten stieg die Erwerbstätigkeit von Frauen Hand in Hand mit dem Ausbau von Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen. In der Krise sind es vermehrt Frauen, die die Doppelbelastung von Beruf und Kinderbetreuung (zeitgleiches Home-Office und Heimunterricht) besonders hart zu spüren bekommen. Die langen Schließungen von Schulen und Kindergärten

haben die Familien vor große Herausforderungen gestellt. Zwar hat sich die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung während der Krise etwas verschoben, die Verteilung bleibt aber noch immer stark den Rollenklischees verhaftet: Noch immer übernehmen Frauen doppelt so oft die Hauptverantwortung für die Betreuung (Mütter: 42 Prozent, Väter: 23 Prozent).

Besonders schwierig war die Situation aber für die Beschäftigten in den systemrelevanten Berufen. Rund ein Drittel dieser Beschäftigten hat mindestens ein Kind unter 14 Jahren im Haushalt. Auch hier zeigen die Daten des Arbeitsklimaindexes, dass vor allem die Frauen die Doppelverantwortung von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung übernehmen.

Der Lohn für den Einsatz in der Krise ist vor allem für Frauen besonders mager. Von elf als „systemrelevant“ eingestuft Berufsgruppen haben ausgerechnet jene fünf Gruppen, in denen der Frauenanteil am höchsten ist, Einkommen unter dem österreichischen Durchschnitt.

Studie zum Nachlesen

WIFO Research Briefs 3/2020: COVID-19: Ökonomische Effekte auf Frauen. April 2020 https://www.wifo.ac.at/news/COVID-19_oekonomische_effekte_auf_frauen

Das Fahrrad zeigt sich als zuverlässiges Verkehrsmittel in der Krise. Mit genügend Abstand zu anderen und in der frischen Luft – so sind die täglichen Wege in Beruf und Freizeit sicher zu bewältigen und das mit positiven Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit.

VON HANNAH BERGER *

Krisensichere Mobilität mit dem Fahrrad

KURZGEFASST

Der Anstieg der Fahrradfahrer*innen im vergangenen April zeigt, dass in der Krise verstärkt das Fahrrad als Verkehrsmittel genutzt wurde. Viele Städte setzen mit unterschiedlichen Maßnahmen verstärkt auf den Radverkehr und vermeiden so zusätzliche Autos und entlasten den öffentlichen Verkehr.

Radfahrer*innen und Zu-Fuß-Gehenden wird verhältnismäßig wenig Platz auf den Wiener Verkehrsflächen eingeräumt. Fast zwei Drittel der Straßenflächen in Wien gehören dem Auto, ein Teil davon entfällt auf den fließenden, motorisierten Verkehr und ein Teil auf die Parkflächen. Dem gegenüber fällt der Anteil der Wege, die mit dem Auto zurückgelegt werden, wesentlich geringer aus.

Großes Potenzial für das Fahrrad

Nur ein Viertel der in Wien lebenden Menschen nutzen das Auto für ihre Wege, der Rest ist mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad, oder zu Fuß unterwegs – und trotzdem steht dem Umweltverbund weniger Raum als dem Autoverkehr zur Verfügung. Während der An-

teil der Fußgänger*innen in den letzten Jahren anstieg, bleibt der Anteil der Radfahrer*innen am Verkehrsaufkommen in Wien seit Jahren konstant bei sieben Prozent, und das obwohl das Fahrrad gerade in Wien für Arbeitswege mit geringeren Distanzen großes Potenzial hätte. 68 Prozent der Arbeitswege sind unter zehn Kilometer, 37 Prozent sind sogar unter fünf Kilometer.

Dieses Potenzial soll nicht ungenutzt bleiben: Das Fahrrad birgt viele Vorteile. Es fallen keine klimaschädlichen Emissionen an, es ist ein sehr raumsparendes Verkehrsmittel und als bewegungsaktive Mobilitätsform stärkt es zusätzlich die Gesundheit. In der COVID-19-Krise entdeckten viele Menschen einen weiteren Vorteil des Fahrrads – das so wichtige

Abstand-Halten („Physical Distancing“) ist bei der Fahrrad-Nutzung wesentlich besser möglich, als in U-Bahnen, Straßenbahnen oder Bussen.

Zahl der Radfahrer*innen gestiegen

So entpuppt sich das Fahrrad als ideale Alternative und immer mehr Menschen bewältigen ihren Arbeitsweg mit diesem krisensicheren Verkehrsmittel. Dass in der frischen Luft die Ansteckungsgefahr geringer ist, stellt eine weitere positive Begleiterscheinung dar.

Die Auswertungen der Wiener Fahrradzahlstellen zeigen einen steigenden Trend. Die Zahl der Radfahrer*innen im April ist gegenüber dem Vorjahr um ein Fünftel gestiegen.

Den Hauptanteil machen dabei die Freizeitradler*innen aus. Die fast ruhig wirkenden Straßen boten auch für Ungeübte eine gute Gelegenheit mit dem Fahrradfahren zu beginnen. Für manche vielleicht der erste Schritt öfter über eine Alternative zum Auto nachzudenken.



DIE FAST LEEREN STRASSEN VERDEUTLICHEN DIE UNGLEICHE VERTEILUNG DER VERKEHRSLÄCHEN ZWISCHEN IHREN NUTZER*INNEN.



*Hannah Berger ist Mitarbeiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.



Tipp:

Wer sich für dauerhafte Verbesserungen des Rad- und Fußverkehrs in Wien einsetzen möchte, kann unter www.platzfuer.wien eine wichtige Initiative unterstützen.



Aktive Mobilität sollte auch nach der Pandemie das Bild unserer Städte stärker prägen.

Aber nicht nur in Wien, sondern auch in anderen Städten zeichnen sich ähnliche Entwicklungen ab. Menschen steigen für ihre täglichen Wege in Beruf und Freizeit häufiger aufs Rad um. Damit stoßen aber die verfügbaren Radverkehrsflächen schnell an ihre Grenzen – Radwege und Wartebereiche vor Kreuzungen sind knapp, das Abstand halten wird schwierig.

Pop-Up-Radwege

Viele Städte reagieren darauf und setzen Maßnahmen für den Radverkehr. Bogota und Berlin machen es als erste vor und installieren sogenannte Pop-Up-Radwege. Dafür wird auf einem Straßenabschnitt ein Fahrstreifen für Autos gesperrt und für den Radverkehr geöffnet. Um diesen Abschnitt sicher vom Autoverkehr zu trennen, werden Verkehrsbaken oder Betonleitpflocke verwendet. Die kolumbianische Hauptstadt hat in kurzer Zeit über 100 Kilometer solcher temporären Radverkehrsanlagen entlang großen Hauptverkehrs-

straßen errichtet. In Berlin wurden bis Ende April knapp zehn Kilometer Autospuren in breite Fahrradwege umgewandelt und es sollen noch mehr werden. Budapest, Paris, London – viele Städte erkennen in der Krise den Wert des Fahrrads, vor allem wenn es darum geht zusätzliche Autos in der Stadt zu vermeiden und den öffentlichen Verkehr zu entlasten.

Jetzt ist es entscheidend, wie es nach der Krise weitergeht. In der Zeit zwischen März und April ist der Autoverkehr stark zurückgegangen. Es ist ruhig geworden auf den wenig ausgelasteten Straßen Wiens. Durch diesen krisenbedingten Auto-

Rückgang und gleichzeitigen Anstieg der Fußgänger*innen und Radfahrer*innen wird die anfangs angesprochene ungleiche Verteilung des Stadtraums spürbar. Die fast leeren Straßen lassen noch deutlicher erkennen, wie viel Platz den Autos und wie wenig den Fußgänger*innen und Radfahrer*innen zur Verfügung steht.

Die für dieses Problem neu geschaffenen temporären Begegnungszonen und Radverkehrsanlagen kündigen eine Stadt an, in der Straßen nicht nur mit dem Autoverkehr verbunden werden, sondern in der die Straßen auch als lebenswerte Orte der Begegnung

und Interaktion wahrgenommen werden können. Schlagzeilen wie „Prägt die Pandemie unser zukünftiges Verkehrsverhalten?“, „Hauptstädte überarbeiten Verkehrskonzepte“ oder „Gebt die Straßen frei!“ zeigen die Gegenwärtigkeit und Wichtigkeit einer Neuordnung der Mobilität in der Stadt. Jetzt ist es entscheidend, das erhöhte Bewusstsein als Gelegenheit für eine dauerhafte Veränderung zu nutzen und den Stadtraum für alle Verkehrsteilnehmer*innen fair zu gestalten. Es ist zu hoffen, dass der Vorschlag für eine autofreie Innenstadt in Wien nicht bloß ein Wahlkampfslogan bleibt. □

VIELE URBANE IMPULSE

GUTE NEUIGKEITEN FÜRS FAHRRAD

Im aktuellen österreichischen Regierungsprogramm ist festgelegt, bis zum Jahr 2025 den Radverkehrsanteil von sieben auf dreizehn Prozent zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, plant der Bund 2020 das Zehnfache des Budgets ein – davon wurde einerseits die Obergrenze eines bestehenden Förderprogramms neu festgelegt und andererseits ein neues Budget beschlossen. Der bestehende Topf des klimaaktiv-mobil-Förderprogramms unterstützt die Umsetzung von

Radverkehrsmaßnahmen in den Ländern und Gemeinden und wurde auf 21,4 Millionen Euro aufgestockt (das ist fünf Mal so viel als vorher).

Ebenfalls neu im Förderprogramm ist, dass Förderungen erstmals auch für Städte mit mehr als 30.000 Einwohner*innen möglich sind. Außerdem wurde ein zusätzliches Budget in der Höhe von 25 Millionen Euro zur Förderung aktiver Mobilitätsformen festgesetzt.

Man sollte meinen, dass „alles klar“ ist, wenn eine EU-Richtlinie dem Littering, also dem „achtlosen Wegwerfen“ von Kunststoffprodukten der Kampf ansagt und festlegt, dass Getränkeverpackungen spätestens ab 2029 zu 90 Prozent getrennt erfasst werden müssen. Denn ohne Einwegpfand, nur mit herkömmlichen Sammelsystemen ist das nicht zu schaffen. Aber weit gefehlt! **VON WERNER HOCHREITER ***

Einwegpfand – bitte noch ein bisschen warten

KURZGEFASST

Obwohl das 90-prozentige-Getrennterfassungsziel der EU-SUP-Richtlinie anders kaum erreichbar ist, ist die Umsetzung eines Einwegpfands in Österreich nicht sicher. Der Handel legt sich quer. Dabei hat das Einwegpfand große Vorteile: Es verhindert Littering. Es ist das kostengünstigste Instrument mit der höchsten Rücklaufquote und der besten Recyclatqualität. Und es garantiert die Zielerreichung und ist rechtssicher.

Seit Juni 2019 ist die EU-SUP-Richtlinie in Kraft. Seither versuchen die Großformen des Lebensmittelhandels mit allen Mitteln abzuwenden, dass in Zukunft die mit Einweg assoziierte „Convenience des Wegwerfens“ wegfällt und alle Outlets auch Einweggebinde zurücknehmen müssen. Nicht nur die Diskonter Hofer und Lidl sind dagegen. Auch alle Vollsortimenter – voran REWE und SPAR – sehen das so. Unnötig, teuer und moderne

Kreislaufwirtschaft geht anders ... ist der Tenor, den sie durch die Altstoff-Recycling Austria (ARA) landauf landab bei Landes- und Bundespolitikern verkünden lassen. ARA zeigt in diesem Zusammenhang, wie sehr es als Lobbying-Agentur der Mächtigen in der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) fungiert. Das politische Gewicht der Handelsketten ist weit größer, als ihr Drittel-Anteil an den Einzelhandelsumsätzen in Österreich vermuten lässt.

Sie sind gate-keeper zwischen den Lebensmittelherstellern und den Konsument*innen. Wer in Österreich verkaufen will, kommt an der Handvoll Ketten nicht vorbei, bei denen fast alle diese Umsätze konzentriert sind. Das verleiht den Aufsichtsrats-sitzen der Ketten in ARA ein besonderes Gewicht innerhalb der Wirtschaft.

Darum hat das Umweltministerium gleich im Sommer eine Studie beauftragt, welche Umsetzungsalternativen zu Verfügung stehen, und zur Begleitung einen Beirat mit Sozialpartnern, Ländern und Kommunalverbänden eingerichtet. Angesichts der Widerstände ist das Einwegpfand im Herbst auch Gegenstand der Regierungsverhandlungen geworden. Es soll sich zugetragen haben, dass es zunächst schon verankert war, aber dann kurz vor Abschluss von der ÖVP-Seite wieder aus dem Regierungsprogramm herausgestrichen wurde. Mittlerweile waren erste Studiergebnisse im Beirat bekannt geworden.



„ AUS PET-GETRÄNKEFLASCHEN SOLLEN WIEDER PET-GETRÄNKEFLASCHEN HERGESTELLT WERDEN KÖNNEN. DAS GINGE MIT DEM GELBEN SACK NICHT.



* **Werner Hochreiter** ist Jurist und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.

Lobbying-Schreiben der Pfandgegner vom Dezember 2019 an den damaligen Kanzler und Vize-Kanzler in spe zeigen die Argumente: Viele abfallwirtschaftliche Ziele müssen erreicht werden und das „90-Prozent-Ziel“ soll mit intensiverer Getrenntsammlung und ergänzender Aussortierung aus dem Restmüll umgesetzt werden. Derzeit würden schon 76 Prozent der PET-Getränkeflaschen erfasst. Diese Mengen müssten nur um 10 000 jato gesteigert werden. Das lohne kein Pfand.

Die mit Argumentarien hinterlegten Appellschreiben haben bald heftige Kritik hervorgerufen, weil sie sich den Anschein eines „Blicks aufs Ganze“ geben. Tatsächlich lassen sie wesentliche Aspekte unter den Tisch fallen und legen nie ihre Berechnungsgrundlagen offen.

Pfandsystem brächte Vorteile

Das Einwegpfand hat bemerkenswerte Stärken, die ihm als Instrument ein Alleinstellungsmerkmal verleihen. Gleich als erstes ist die besondere Qualität der Sammelware zu nennen, die das Pfand ermöglicht. Rund 90 Prozent der Rücklaufmenge würde über Rückgabe-Automaten laufen, die vorsortieren. Dieses Material ist keineswegs mit dem Output aus dem Gelben Sack vergleichbar, so wie dies die Wirtschaft suggeriert. Dass Akteure, die sich wie ARA der „Kreislaufwirtschaft“ und „Ressourcenschonung“ verschrieben haben, diesen Aspekt „unter den Tisch fallen“ lassen, ist bizarr. So hatte der kürzlich durchgeführte Stakeholderdialog zur Ausrichtung der Verpackungssammlung als erklärtes Ziel eine „hohen Recyclingqualität“. Aus PET-Getränkeflaschen sollen →



SINGLE-USE-PLASTIC-RICHTLINIE

AUFGABENSTELLUNG & ERGEBNISSE DER EINWEGPFANDSTUDIE

Die EU-Richtlinie zur Verringerung von Einwegplastik (Single-Use-Plastic- oder SUP-Richtlinie) sieht vor, dass Kunststoffgetränkeflaschen bis 2029 zu zumindest 90 Prozent zum Zwecke des Recyclings getrennt gesammelt werden. Damit soll das achtlose Wegwerfen (Littering) hintangehalten und die Verschmutzung der Umwelt verringert werden. Zudem sollen Getränkeflaschen aus PET zu zumindest 30 Prozent aus recyceltem Kunststoff bestehen. Parallel sind die Vorgaben des EU-Kreislaufwirtschaftspakets zu beachten:

- Recycling von Kunststoffverpackungen zu zumindest 50 Prozent bis 2025 und 55 Prozent bis 2030
- Recycling von Siedlungsabfällen zu zumindest 55 Prozent bis 2025 und 60 Prozent bis 2030

An Kunststoffgetränkeflaschen werden jährlich etwa 1,6 Mrd. Stück mit einer Masse von etwa 49.000 Tonnen in Verkehr gesetzt. Die am häufigsten abgefüllten Getränke sind Wasser und Limonaden mit jeweils etwa 40 Prozent. Die häufigste Gebindegröße ist die 1,5 Liter Flasche. Der Anteil an Gebinden kleiner als ein Liter beträgt etwa 40 Prozent nach Stück.

Neben den Kunststoffgetränkeflaschen werden etwa 0,8 Mrd. Getränkedosen mit einer Masse von knapp 14.000 Tonnen in Verkehr gesetzt.

Die derzeitige Sammelquote von Kunststoffgetränkeflaschen beträgt ca. 70 Prozent, die Sammelquote aller anderen Kunststoffverpackungen im Haushaltsbe-

reich beträgt rund 58 Prozent. Die Recyclingquote von Kunststoffverpackungen aus dem Haushaltsbereich beträgt etwa 25 Prozent, jene der Teilmenge für Kunststoffgetränkeflaschen ca. 40 Prozent.

Im Bericht werden vier Varianten zur Erreichung des 90 Prozent-Sammelzieles entwickelt und hinsichtlich der zu erwartenden Auswirkungen untersucht. Zwei Varianten V1 und V2 setzen auf eine Intensivierung der getrennten Sammlung und ergänzende Sortierung aus dem Restmüll, die von ARA eingebrachte V2 auf eine massive Intensivierung auf 82 Prozent. Variante V3 untersucht ein Pfand auf Kleingebinde, Variante V4 ein Pfand auf alle Kunststoffgetränkeflaschen und Dosen.

Ergebnis der Studie ist, dass V4 die kostengünstigste Variante mit der höchsten Rücklaufquote und besten Materialqualität ist. Anders als ARA vermutet hat, müssten in V2 noch immer 800 000 jato, das sind 60 Prozent des österreichischen Restmülls aussortiert werden, nur um genügend PET-Flaschen zu erfassen.

Darüber hinaus gibt die Studie Empfehlungen für die Ausgestaltung eines Einwegpfandes und skizziert Maßnahmen zur Stärkung von Mehrweg-Getränkeverpackungen.

Zum Nachlesen

Download der Studie <https://www.bmk.gv.at/service/presse/kunststoffverpackungsmuell.html>

” VIELLEICHT IST DIE AKTUELLE INSZENIERUNG NUR VORSPIEL FÜR DEN NÄCHSTEN AKT: DENN HANDELSKETTEN WOLLEN EIGENTÜMER DER ZURÜCKGENOMMENEN PFANDGEBINDE WERDEN UND SELBER VERMARKTEN.

→ wieder PET-Getränkeflaschen hergestellt werden können. Das ginge mit dem Gelben Sack nicht. Besonders seltsam ist, dass das PET2PET-Projekt, eines der Leuchtturmprojekte der von WKO und ARA unterstützten „Nachhaltigkeitsagenda der Getränkewirtschaft“ sich schon vor Jahren ein Einwegpfand zunutze gemacht hat, um die nötige Materialqualität für den Wiedereinsatz von PET-Recyclat in PET-Getränkeflaschen sicherstellen zu können. Die sogenannte „PET-11-Zweiwegflasche“ von Vöslauer wird dazu im Lebensmittelhandel bepfandet verkauft und wieder zurückgenommen, damit sie nicht im „Gelben Sack“ landet. Das ist ein Einwegpfand, wird nur nicht so genannt. Gegen das Gleiche opponiert nun der Handel. Warum soll der innovative Pilot nicht endlich breiter ausgerollt werden?

Das Argument der besseren Qualität gilt übrigens auch für Aluminiumdosen, die derzeit nur in unzureichender Menge und Qualität erfasst werden.

„Unter den Tisch gekehrt“ wird von den Pfandgegnern auch, wie gut das Einwegpfand die Littering-Problematik löst. Die meisten Einwegpfandsysteme in Europa

erreichen Rücklaufquoten über 95 Prozent. Auch der verbleibende Rest wird sicher nicht in der Natur gelittert. Denn es findet sich immer wer, der weggeworfene Pfandgebinde aufhebt und zurückbringt. Ohne Pfand lässt sich das nicht sagen, selbst wenn die Getrennterfassungsquote auf 80 Prozent gesteigert würde. Die restlichen 20 Prozent bleiben anfällig für Littering. So ergeben sich alleine für gelitterte Getränkeverpackungen bis zu 40 Mio. EUR Reinigungskosten in Österreich per anno. Das fehlt auch in der Kostenkalkulation der Pfandgegner.

Gerne verweisen Pfandgegner darauf, dass ein Einwegpfand Mehrwegsysteme verschlechtern würde. In der Tat haben Mehrwegbefürworter das früher befürchtet. Aber faktenbasierte Evidenz gibt es dafür bis heute keine. Eher lässt sich aus der aktuellen bundesdeutschen Debatte ableiten, dass das Einwegpfand „gleiche Verkaufsbedingungen“ sichert: Sowohl Einweg als auch Mehrweg wollen ins Geschäft zurückgebracht werden. Der Conveniencevorteil von Einweg ist weg.

Und zuletzt verringert das Einwegpfand deutlich den Druck auf die ohnedies nötige Intensivierung der kommunalen Getrenntsammlungen, um die künftigen Ziele für Siedlungsabfälle wie für Kunststoffverpackungen zu erreichen. Das Vorhaben der Einwegpfandgegner ist dabei doppelt riskant. Denn ob sich schon diese Intensivierung

überhaupt umsetzen lässt, ist keineswegs sicher. Denn die Sammlungen im ländlichen Raum erfassen heute schon über 90 Prozent der Kunststoffverpackungen, während die räumlichen Hemmnisse in den urbanen Räumen keineswegs schnelle Erfolge erwarten lassen.

Vor allem könnte sich das Vorhaben, die für das „90-Prozent-Ziel“ fehlenden Mengen über eine Aussortierung aus dem Restmüll zu erreichen, als EU-rechtlich unzulässig herausstellen. Nur mehr als „Traumschloss“ kann man das Kalkül der Wirtschaft sehen, dass ins Abfallwirtschaftsgesetz eine Verpflichtung der Kommunen aufgenommen wird, die dafür nötigen Anlagen zu errichten und zu finanzieren. Selbst wenn es den Einwegpfandgegnern weiter gelingt, zu verzögern, ist unerfindlich, wie sowas jemals im Nationalrat beschlossen werden sollte.

Kampf um Recyclat

Aber möglicherweise ist man sich in den ARA-Gremien schon im Klaren, dass es eine Fehlspekulation war, dass eine Aussortierung aus dem Wiener Restmüll genügt. Und die aktuelle Inszenierung ist nur Vorspiel für den nächsten Akt, wo es um die Kontrolle des Einwegpfandsystems geht. Denn Handelsketten befürworten eine dezentrale Umsetzung wie in Deutschland, wo die Ketten dann Eigentümer der zurückgenommenen Pfandgebinde werden. Im schlimmsten Fall bedeutet das, dass den Abfüllern, die ja eigentlich das Recyclat daraus wiedereinsetzen sollen, diese Mengen entzogen werden. Jedenfalls wird es teurer, wenn marktmächtige Akteure Verfügungsmacht bekommen. Die resultierenden Oligopolrenten verteuern das Recycling. Und schlussendlich müssten das die KonsumentInnen über die Getränkepreise bezahlen. Drum ist es wichtig, dass ein Einwegpfand in Österreich im Wege eines zentralen, unabhängigen Modells umgesetzt wird, in dem der Handel höchstens eine Abgeltung für seinen Aufwand bekommt. □

Einwegpfand und verpflichtende Mehrwegquoten müssen kommen

- Keine weiteren Verzögerungen, die Ergebnisse der Studie sind eindeutig
- Investitionssicherheit für Mehrwegabfüller und Sortieranlagenbetreiber
- Ein unabhängiges Einwegpfand-Modell
- Handel zur Steigerung des Mehrweganteils verpflichten

Unser Standpunkt

Aktion



IST 2020
18.-21. August 2020

10. AK KLIMADIALOG

Green Finance – Ein Hebel für sozial gerechten Klimaschutz?

Am 26. Mai 2020 fand der AK Klimadialog erstmals als digitale Veranstaltung statt. Im Zentrum stand die Frage, wie sich mit den aktuellen Initiativen zu Green Finance das Finanzwesen umfassend auf Nachhaltigkeit programmieren lässt. Dabei ging es gleichermaßen um Aspekte der Finanzmarktstabilität wie um die Mobilisierung von öffentlichen und privaten Investitionen. In seiner Keynote ging Wolfgang Pointner (OeNB) auf unterschiedliche Formen von Klimarisiken auf den Finanzmärkten ein. Nach Kommentaren von Martin Graf (Energie Steiermark) und Thomas Zotter (AK) gab es Zeit, die Fragen der Teilnehmer*innen zu beantworten. Dabei zeigte sich das Interesse an konkreten Umsetzungsschritten in Österreich. Zum zweiten Geburtstag der Veranstaltungsreihe, dem 11. AK Klimadialog am 6. Juli 2020, diskutieren Karin Büchl-Krammestätter (Stadt Wien), Martin Schenk (Armutskonferenz) und Thomas Ritt (AK Wien) über Hitze in der Stadt. **FW**

IST 2020

Eine andere Welt ist möglich

Von 18.-21. August 2020 wird unter dem Titel „Governance in an Era of Change – Making Sustainability Transitions Happen“ die 11. Jahrestagung des „Sustainability Transitions Research Network“ stattfinden. Das Netzwerk umfasst weltweit mehr als 1700 Forscher*innen, das vom Netzwerk ins Leben gerufene Journal „Environmental Innovation and Societal Transitions“ (EIST) verfügt in der Forschungsszene zu nachhaltiger Transformation über hohe Reputation. Die Konferenz beschäftigt sich mit Transformationsprozessen im Zusammenhang mit großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel und Digitalisierung. Schwerpunkte liegen unter anderem auf sozialer Innovation, sozialer Nachhaltigkeit und Chancengleichheit. Auch Strategien für einen Green New Deal und einen gerechten Strukturwandel (Just Transition) werden beleuchtet. Aufgrund der Corona-Beschränkungen wird die Tagung nun nicht an der WU Wien, sondern als Online-Event abgehalten. **FW**



VERANSTALTUNG

Zukunft des Öffentlichen Busverkehrs in Österreich

6. Oktober 2020, von 9 bis 14 Uhr, im AK Bildungszentrum, 1040 Wien. Ausschreibungsmodalitäten bei Linienbusverkehren in den letzten Jahren und die Umsetzung der Clean Vehicle Richtlinie der EU im Stadtregionalverkehr sind eine große Herausforderung für Unternehmen, Beschäftigte und Nutzer*innen. Die Standpunkte von Europäischer Kommission, Gewerkschaft, Unternehmen, öffentliche Gebietskörperschaften und Think-Tanks sollen bei der Tagung dargelegt und nachhaltige Lösungen aufgezeigt werden. Nähere Infos und Anmeldungen unter UV@akwien.at **FG**

KONFERENZ

Degrowth Vienna 2020

Die Konferenz „Degrowth Vienna 2020 – Strategies for Social-Ecological Transformation“ hätte eigentlich schon vom 29. Mai bis 1. Juni 2020 in Wien stattfinden sollen. Ab der Bekanntgabe des Lockdowns haben die Organisator*innen mit Hochdruck daran gearbeitet, das gesamte Programm auf Online-Formate umzustellen. Die Konferenz ist nicht nur reibungslos über die Bühne gegangen, mit mehr als 4000 Anmeldungen fand sie auch großen Anklang. Im Zentrum stand der Austausch zwischen Wissenschaftler*innen, Zivilgesellschaft und sonstigen Akteur*innen über Strategien, mit denen sich Wirtschaft und Gesellschaft auf sozial gerechte und ökologisch tragfähige Weise transformieren lassen. Große Podiumsdiskussionen waren u.a. der Transformation der Arbeit und der historischen Rolle von Gewerkschaften gewidmet. Eine umfassende Dokumentation ist unter <https://www.degrowthvienna2020.org/> verfügbar. **FW**

Mehr Platz

Forderungen nach einer gerechteren Aufteilung des öffentlichen Raumes stellt die Initiative „Platz für Wien“. Im Fokus steht die Bundeshauptstadt, die Vorschläge für eine klima- und menschenfreundliche Verkehrspolitik sind aber auf weitere Agglomerationen übertragbar. www.platzfuer.wien **GL**



Kann eine Vermögenssteuer die Krise entschärfen?

Pro

Philipp Gerhartinger

„EINE MILLIONÄRSSTEUER BRINGT EINEN GERECHTEN BEITRAG JENER, DIE ES SICH LEISTEN KÖNNEN.“

Die hohen Kosten der Corona-Krisenbewältigung und notwendige Investitionen in Sozialstaat, Arbeit und Umwelt stellen eine Herausforderung für den Staatshaushalt dar. Arbeitnehmer*innen haben während der Krise viel auf sich nehmen müssen, sie dürfen nun nicht die budgetären Kosten alleine schultern. Genau das passiert aber, wenn (a) der Sozialstaat kaputtgespart wird, (b) die Finanzierung ausschließlich aus dem allgemeinen Steuertopf, der zurzeit zu 80 Prozent von ihren Beiträgen getragen wird, aufgebracht wird oder (c) sie noch höhere Steuerbeiträge (Stichwort: Ökosteuern zur Krisenfinanzierung) abliefern müssen. Beiträge von Millionervermögen sollten deshalb wesentlicher Teil der Krisenfinanzierung sein, damit nicht nach der Corona-Welle eine Kürzungswelle über die arbeitenden Menschen rollt. Aber auch volkswirtschaftlich gibt es gute Gründe für höhere Beiträge von Millionervermögen. Studien belegen, dass Steuerstrukturreformen mit mehr Vermögensteuern positive Effekte für Wachstum und Beschäftigung bringen – das wäre aktuell besonders förderlich. Und Österreich hat ohnehin Nachholbedarf bei Vermögensteuern. Der Aufkommensvergleich verweist uns regelmäßig an die letzten Plätze der OECD-Länder. Internationale Institutionen empfehlen uns seit vielen Jahren eine wachstumsfreundliche Umstrukturierung des Steuersystems mit höheren Vermögensbeiträgen und geringeren Arbeitsabgaben. Hinzu kommt: die Vermögenskonzentration ist hierzulande besonders groß, so dass bei einem Freibetrag von 1 Mio. Euro weniger als die 5 reichsten Prozent der Haushalte betroffen wären. Kapitalgesellschaften wären gar nicht betroffen, denn nur natürliche Personen würden der Steuerpflicht unterliegen. Außerdem zeigen Umfragen, dass es in der Bevölkerung große Zustimmung für eine Millionärssteuer gibt. □

*Philipp Gerhartinger ist Leiter der Abteilung Steuerrecht in der AK Wien.



Con

Teodoro D. Cocca

„JETZT EINE VERMÖGENSSTEUER VOM MITTELSTAND ZU FORDERN IST EINE SCHLECHTE IDEE ZUM SCHLECHTESTEN ZEITPUNKT.“

Der Staat nimmt zurzeit sehr viel Geld in die Hand, um zu helfen. Zu verdanken ist dies dem Mittelstand und den Besserverdienern in diesem Land, welche Jahr für Jahr den weitaus höchsten Beitrag in die Steuerkasse leisten. In diesem Sinne wurde bereits ein wesentlicher Solidaritätsbeitrag für die Bewältigung dieser Krise als Vorleistung erbracht.

Eine Vermögenssteuer würde das Grundproblem der dringend benötigten neuen Arbeitsplätze nicht lösen. Im Gegenteil dazu würde sie sogar in dieser entscheidenden Phase die Investitionskraft der Wirtschaft schwächen. Denn jetzt wo Firmen Verluste machen, würde die Vermögenssteuer auch noch die Substanz belasten. Für Investitionen steht dadurch noch weniger zur Verfügung. Zudem würde die Einführung einer Vermögenssteuer generell die Fähigkeit schwächen, wirtschaftliche Krisen zu bewältigen. Wer für schlechte Zeiten gespart hat und nun die so wichtigen Arbeitsplätze aufrechterhalten kann, würde auch noch dafür bestraft werden. Kann das tatsächlich das Ziel sein?

Eine Vermögenssteuer würde besonders die vielen Familienunternehmen treffen, die überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze schaffen und besonders standorttreu sind. Auch in diesem Jahr wird die progressive Ausgestaltung der Einkommensteuer dafür sorgen, dass vor allem die Gutverdienenden sehr viel mehr Steuern zahlen werden als der Rest. Das ist im Sinne der Solidarität absolut richtig so. Den hunderttausenden Arbeitslosen in diesem Land wäre durch eine Verbesserung von Investitionsanreizen nachhaltig mehr geholfen als durch eine völlig überflüssige Neiddebatte. □

*Teodoro D. Cocca ist Leiter der Abteilung für Asset Management am Institut für betriebliche Finanzwirtschaft der Johannes Kepler Universität Linz.



Medien



BUCH

Statistisch gesehen

Ecwin, Salzburg und München, 2020, 213 Seiten

Seit 2012 leitet Klemens Himpele die Magistratsabteilung „Wirtschaft, Arbeit und Statistik“ der Stadt Wien. Mit dem vorliegenden Band will er auf unterhaltsame Weise zahlenbasiertes Wissen vermitteln. Mit seinen Ausführungen zu Demographie, Wirtschaft und Wirtschaftsgeschichte verbindet er gelungen die solide Faktenbasis mit einer leichten Erzählweise. Damit versucht der Autor, das abschätzigste Vorurteil gegen Statistik (als Verfahren) und gegen Statistiken (als Zahlenmaterial) zu entkräften. Dieses Unterfangen hat in Zeiten von „Fake News“ besondere Bedeutung, denn Statistik ist eine wichtige Basis des demokratischen Diskurses, wie der Autor mehrfach betont. Verlässliches Zahlenmaterial ist die Grundlage für eine evidenzbasierte Politik. In Zeiten einer zunehmenden Ideologisierung kann die unabhängige Erhebung und die gut zugängliche Veröffentlichung von Statistiken nicht hoch genug eingeschätzt werden **CS**



PUBLIKATION

Neu von TNI: The future is public

Der Widerstand gegen die Privatisierung ist zu einer mächtigen Kraft für Veränderungen geworden. Rekommunalisierung bezieht sich sowohl auf die Rückforderung des öffentlichen Eigentums an Dienstleistungen als auch auf die Schaffung neuer öffentlicher Dienstleistungen. Dieses Buch zeigt auf, dass Dienstleistungen in öffentlicher Hand angesichts der Klimakatastrophe, zunehmender Ungleichheiten und wachsender politischer Unruhen wichtiger denn je sind. Gemeinsam entwerfen zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und lokale Behörden neue Vorlagen, wie demokratisches öffentliches Eigentum auf alle Ebenen der Gesellschaft ausgeweitet und neue Wege zu gemeinwesenorientierten und klimabewussten öffentlichen Diensten eröffnet werden können. Die AK hat diese Projekt mit unterstützt.

Die komplette Publikation ist unter: <https://www.tni.org/en/futureispublic> für jeden gratis verfügbar. **SI**



TIPP

Klimakrise & beyond

Das Heft 1/2020 der Zeitschrift Kurswechsel widmet sich der Herausforderung einer sozial gerechten Bewältigung der Klimakrise. Dabei geht es auch um diese Fragen: **Wie verhält sich die Klimakrise zu anderen Krisen im Kapitalismus? Wie lassen sich diese Krisen gemeinsam überwinden? Was verbirgt sich hinter der Forderung nach einer „Just Transition“? Wie weit gehen die Ansätze des European Green Deal? Und welche Pläne verfolgt China? Mit Beiträgen von Josef Baum, Halilki Kreinin, Birgit Mahnkopf, Werner Raza u.a. FW**

BROSCHÜRE

Abschied vom Auto? Für einen sozial-ökologischen Umbau der österreichischen Autoindustrie

Vor welchen Möglichkeiten und Herausforderungen steht die österreichische Kfz-Industrie auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft? Was denken die Beschäftigten darüber? Das vom Klima- und Energiefonds finanzierte Forschungsprojekt CONLABOUR gibt Antworten darauf. Forscher*innen der Uni Wien, der Boku und der HWR Berlin analysierten – mit AK-Unterstützung – die Struktur der Autoindustrie und sprachen mit Gewerkschafter*innen und Betriebsrät*innen über die Zukunftsvorstellungen der gut 70.000 Beschäftigten. Das Ergebnis liegt nun auch als Broschüre vor: Auf 18 Seiten wird dargestellt, warum eine Mobilitätswende unumgänglich ist und welche Veränderungen in der Produktion dafür notwendig sind. Hindernisse und Ansatzpunkte für solch einen Umbau werden genauso diskutiert, wie alternative Beschäftigungsmöglichkeiten. Zu beziehen über die AK Wien; Abteilung Umwelt und Verkehr: arbeitswege@akwien.at. **HH**



Web-Tipp: The Green Light

Rund um Umwelt, Klimawandel, Wildtierpopulation, Energie und Verschmutzung bietet der wöchentliche Newsletter The Green light des Fachmagazins The Guardian kostenfrei Neuigkeiten ins Haus. Einfach beim Newsletter anmelden und lesen: <https://www.theguardian.com/environment/series/green-light>

Eine aktuelle Studie von Herry Consult im Auftrag der AK über die Kostenkomponenten im Straßengüterverkehr zeigt eindrücklich, dass die Personalkosten der entscheidende Wettbewerbsfaktor im europäischen Straßengütertransport sind. **VON RICHARD RUZICZKA**

Monetarisierung von „Sozialdumping“ im Straßenverkehr



Sedlacek, Steinacher (2019): Monetarisierung von „Sozialdumping“ im Straßenverkehr
In: Verkehr und Infrastruktur, 62

Niedrigstlöhne und mangelhafte Kontrollen bei Sozial- und Verkehrsvorschriften haben den Lkw in Europa zu einem grenzenlos billigen Transportmittel gemacht. Sprichwörtlich auf der Strecke bleiben dabei die Lkw-Lenker*innen, die bei Arbeitsbedingungen und Entlohnung eine Abwärtsspirale nach unten hinnehmen müssen. Eine aktuelle Studie der Arbeiterkammer geht der Frage nach, was die Folgen für Lenker*innen und Transportunternehmen in

Österreich sind, wenn weitere Liberalisierungsschritte im Straßengüterverkehr ohne praxistaugliche Kontrollmechanismen für einen fairen Wettbewerb geschaffen werden, bzw. was passiert, wenn Lohn- und Sozialdumping auf Europas Straßen nicht endlich wirksam bekämpft werden.

In dieser Studie wird konkret die unterschiedliche Einhaltung der Kabotage (Transportunternehmen aus einem anderen EU-Staat darf im Anschluss an einen

grenzüberschreitenden Transport noch maximal drei Lkw-Binnenfahrten innerhalb von 7 Tagen durchführen) und der Entsendebestimmungen, (Entlohnung von Lkw-Lenker*innen bei grenzüberschreitenden Lkw-Fahrten) sowie ihre Auswirkung gesamthaft auf die Transportkosten und die Transportwirtschaft in Österreich dargestellt. Zur besseren Veranschaulichung werden diese Annahmen auch auf fünf Beispielrouten exemplarisch dargelegt.

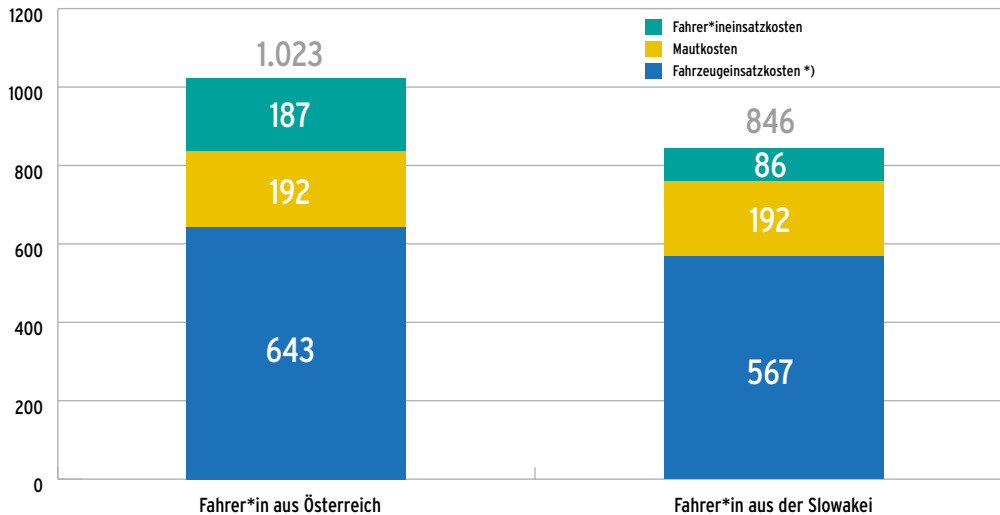
AK Studienreihe: Verkehr und Infrastruktur Bestellung als Hardcopy unter wirtschaft.umwelt@akwien.at

- 48 **Problem Solidarhaftung im Bundesstraßenmautgesetz** Verfassungsrechtliche Analyse. Nicolas Raschauer. Studie, 2012
- 49 **Öffentlicher Verkehr hat Zukunft!** Herausforderungen und Gefahren für den öffentlichen Nahverkehr in Österreich. Tagungsband, 2013
- 50 **Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnpersonenverkehrs in Österreich**, 2013
- 51 **Wettbewerb im österreichischen Güterverkehrsmarkt** Konstellationen zwischen Straße und Schiene. Ronald Scheucher; 2014
- 52 **Modal Split im Güterverkehr** Maßnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Max Herry, Norbert Sedlacek; 2014
- 53 **Analyse der Erfahrungen mit dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz im Eisenbahnwesen** Studie und Rechtsgutachten, 2014
- 54 **Unterwegs zwischen Erwerbs- und Familienarbeit** Eine Analyse in den niederösterreichischen Regionen Triestingtal und Schneebergland, 2014
- 55 **Flächendeckende Lkw-Maut und Nahversorgung**. Auswirkungen einer flächendeckenden Lkw-Maut auf Lebensmittelpreise und den ländlichen Raum. Studie, 2015
- 56 **Pendeln in der Ostregion**. Potenziale für die Bahn. Tadej Brezina, Thomas Hader, Evelyn Eder, 2015
- 57 **Penderanalyse Wien und Ostregion**. Zahlen und Fakten auf Basis der Vollerhebung 2014. Odilo Seisser, 2016
- 58 **Zukunftsfähige Straßeninfrastruktur**. Kosten und Lösungen für baufällige Landes- und Gemeindestraßen. Josef Baum, Johann Litzka, Alfred Weninger-Vycudil, 2016
- 59 **Rechtssetzung durch Private im Eisenbahnrecht** Rechtswissenschaftliche Studie. Konrad Lachmayer 2016
- 60 **Gewerkschaften und nachhaltige Mobilität** Astrid Segert, Studie 2017
- 61 **Arbeitswege und Arbeitszeit - Zeit für mein Leben?** Eine Analyse von Mobilitätsdaten von Erwerbstätigen in Österreich. Susanne Wolf-Eberl, Patrick Posch, 2018
- 62 **Monetarisierung von „Sozialdumping“ im Straßenverkehr** Norbert Sedlacek, Irene Steinacher, 2019
- 63 **Belastungen am Arbeitsplatz durch Hitze am Beispiel der Triebfahrzeugführer*innen und Baukranführer*innen** Literaturrecherche und Arbeitsmedizinische Stellungnahme, Georg Wultsch, 2019
- 64 **active2work - Arbeits- und Mobilitätszeit neu gedacht** Machbarkeitsuntersuchung. Marlene Doiber, Sandra Wegener, Roland Hackl, Maria Juschten, Clemes Raffler, Michael Meschik, Julia Schmid, 2020

Grenzenlose Mobilität - Grenzenlose Ausbeutung. Arbeitsbedingungen in Europas Transportwirtschaft. Studie, 2016

Kosten für die Fahrt Bratislava - Innsbruck (eine Richtung) in EUR

unter Berücksichtigung der teilweisen Nichteinhaltung von Regeln (Gewicht, Geschwindigkeit, Sozialvorschriften)



*) Sattelzug, EURO VI, 5 Achsen, 40t hzG, Fuhrgewerbe

„ DIE PERSONALKOSTEN SIND DER ENTSCHEIDENDE WETTBEWERBSFAKTOR IM EUROPÄISCHEN STRASSEN GÜTERTRANSPORT. HÖCHSTE ZEIT FÜR HÖHERE LÖHNE UND BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN.

Änderungen der sozialrechtlichen Bestimmungen im Straßenverkehr sowie beim Marktzugang, wie sie im Rahmen des Mobilitätspakets I auf Europäischer Ebene im Juli 2020 endgültig beschlossen werden, können auch Auswirkungen in anderen Bereichen haben. So z.B. auf den Klimaschutz: Eine Modal-Split-Änderung in

Richtung Straße durch weitere Kostenreduktion wirkt gegen die vereinbarte und angestrebte Reduktion des CO₂-Ausstoßes in der EU insgesamt und in Österreich im Speziellen. Das Erreichen von Klimazielen im Transportsektor könnte dadurch in weitere Ferne rücken.

Transportkostenveränderungen können auch die Pro-

duktpreise beeinflussen und die Konsument*innen stärker oder schwächer belasten. Und schließlich auf die externen Kosten durch veränderten Modal-Split (Verschiebung des Verhältnisses der externen Kosten zwischen den Verkehrsträgern).

Die Studie analysiert auch die Transportkostenunterschiede für fünf unterschiedliche Beispiels-

routen unter der Annahme, dass die gesamte Fahrt einmal mit dem Lohnniveau für Lkw-Fahrer*innen aus Österreich und einmal mit jenem für Lkw-Fahrer*innen aus EU-Staaten mit niedrigerem Lohnniveau bezahlt wird. Dabei zeigen sich Kostenreduktionen von 15 Prozent bis 22 Prozent pro Fahrt.

Aus der Studie ergeben sich klare Schlussfolgerungen: Die Personalkosten sind der entscheidende Wettbewerbsfaktor im europäischen Straßengütertransport. Nur eine effiziente Durchsetzung der Entsendebestimmungen auch im Straßengüterverkehr trägt dazu bei, Arbeitsplätze im Inland, faire Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen für alle Lkw-Lenker*innen zu schaffen, sowie den österreichischen Wirtschaftsstandort abzusichern. Eine weitere Liberalisierung der Kabotage führt zu einem Anstieg von gefahrenen Lkw-Kilometern und einem Rückgang beim Schienentransport. Durch die Einhaltung der geltenden Bestimmungen und die effiziente Durchsetzung der Kabotage- und Entsendebestimmungen verändern sich die Preise der Waren für die Konsument*innen nur unwesentlich. □

PDF-Download www.ak-umwelt.at

AK Studienreihe: Informationen zur Umweltpolitik

- 186 Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale. Studie, 2012
- 187 Die Zukunft der Wasserversorgung. Der Zugang zu Wasser im Spannungsfeld zwischen öffentlichem Gut, Menschenrecht und Privatisierung. Tagungsband, 2013
- 188 Aktuelle Erkenntnisse zu hormonell wirksamen Substanzen Tagungsbericht, 2013
- 189 Holger Heinfellner, Nikolaus Ibesich, Günther Lichtblau, Christian Nagl, Barbara Schodl, Gudrun Stranner: Pkw-Emissionen zwischen Norm- und Realverbrauch. Studie, 2015
- 189a Holger Heinfellner, Nikolaus Ibesich, Günther Lichtblau, Christian Nagl, Barbara Schodl, Gudrun Stranner: Passenger

- Car Emissions: Standard and Real-World Fuel Consumption. Study on behalf of the Vienna Chamber of Labour. Studie, 2016
- 190 Konrad Lachmayer: Demokratierechtliche Analyse der privaten Rechtssetzung im Umweltrecht am Beispiel der Industrieemissionsrichtlinie (IE-RL). Studie, 2016
- 191 Jana Flemming, Ulrich Brand: Positionen internationaler Gewerkschaften in der Klimapolitik. Studie, 2017
- 192 Werner Hochreiter (Hrsg.): 15 Jahre Aarhus-Konvention, Tagungsband, 2017
- 193 Zwischen Norm- und Realverbrauch - Was hat sich in Österreich seit 2015 bei neuen PKW verändert? Holger Heinfellner, Günther Lichtblau, Barbara Schodl, 2017
- 194 Environmental Inequality In Europe - Towards an environmental

- justice framework for Austria in an EU context. Liesbeth de Schutter, Hanspeter Wieland, Burcu Gözet, Stefan Gijlum, 2017
- 195 Neue biotechnologische Züchtungstechniken - Rechtliche Einordnung in Hinblick auf die Schlussanträge von Generalanwalt Bobek zum Vorabentscheidungsverfahren C-528/16. Anita Greiter, Andreas Heissenberger, 2018
- 196 Pkw-Emissionen aus Umwelt- und Verbrauchersicht - Fakten und Regulierungsdefizite. Günther Lichtblau, Barbara Schodl, 2018
- 197 Vergleich europäischer Systeme der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Endbericht (Langfassung) Michael Getzner, Bettina Köhler, Astrid Krisch, Leonhard Plank, 2018

- 197a Vergleich europäischer Systeme der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Endbericht (Kurzfassung)
- 198 Umweltgerechtigkeit; Sozioökonomische Unterschiede bei von Umwelteinflüssen Betroffenen und im Umweltverhalten; Mikrozensus Umwelt und EU-SILC - Statistical Matching Alexandra Wegscheider-Pichler, Sacha Baud, 2019
- 199 Zu Fragen der Verteilungswirkungen in der Klimapolitik Josef Baum, 2019
- 200 ES darf ein bisschen verbindlicher sein - Überlegungen und Wünsche für die künftige Rechtsentwicklung im Verkehrslärmschutzrecht Josef Werner Hochreiter, 2019
- 201 Zur Ökobilanz von E-Autos und was die VerbraucherInnen darüber erfahren - Eine Marktanalyse Holger Heinfellner, David Fritz, 2019

Die schlaunen Ratgeber der Arbeiterkammer



FAHRGASTRECHTE IM ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Der Ratgeber „Unterwegs mit Bus und Bahn – Schwerpunkt Ostregion“ bietet einen lesbaren Überblick über die Beförderungs- und Tarifbestimmungen von ÖBB, Wiener Linien, VOR und Westbahn. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Fahrgastrechte allgemein und bei Verspätungen gelegt und wie man diese durchsetzen kann. Wissenswertes zum Pendlerpauschale und Park&Ride sowie umfassende Informationen über Ansprechpartner und Beschwerdestellen sind übersichtlich dargestellt.



VERSPÄTUNGS- ENTSCHÄDIGUNG

Als Fahrgast können Sie unter bestimmten Voraussetzung bei Bus und Bahn eine Entschädigung für Verspätungen verlangen. Bei der Bahn gilt das nicht nur bei Einzeltickets, sondern auch bei Zeitkarten (Wochen-, Monats- und Jahreskarten). Tipps dazu in diesem Folder.



TIPPS FÜR EINE GUTE REISE

Der Urlaub ist für alle eine wichtige Erholungszeit. Damit die schönste Zeit des Jahres auch tatsächlich in bester Erinnerung bleibt, hat die AK Tipps zur Planung, Vorbereitung und zum richtigen Verhalten bei auftretenden Schwierigkeiten im Urlaub zusammengestellt.



VORSICHT, SCHNÄPPCHEN!

Werbung und Marketing arbeiten in allen Bereichen mit vielen Tricks, wollen sie uns doch so viel wie möglich verkaufen. Die Broschüre gibt Tipps, wie Sie diese alten und neuen (Neuromarketing oder Web 2.0) „Manipulationen“ umgehen können.



LEBENSMITTEL- KENNZEICHNUNG

Lebensmittel müssen laut EU-Verordnung so gekennzeichnet sein, dass VerbraucherInnen über Nährwerte, Allergene, Herkunft und Zutaten oder Haltbarkeit verständlich informiert werden. Die Broschüre erklärt die Bedeutung der Kennzeichnung.



BÜRO UND UMWELT

Der umweltfreundliche Arbeitsplatz: Energie besser nutzen, nachhaltige Büromaterialien verwenden, gesünder essen oder spritsparender zur Arbeit fahren. In dieser Broschüre finden Sie und Ihre KollegInnen hilfreiche Tipps und Infos für ein gesundes Arbeitsumfeld.